

Verwaltungsbericht 1951

der Universitätsstadt Tübingen

Erstattet in der Gemeinderatssitzung

am 7. Januar 1952

Stadtarchiv
Tübingen
UM
252 a
1

• UM 252a/1

~~W 53/1~~

Verwaltungsbericht 1951

der Universitätsstadt Tübingen

UM
252a
1

M 252 (1a)

Verwaltungsbericht

1951

der Universitätsstadt Tübingen

Verwaltungsbericht 1951

der Universitätsstadt Tübingen

Erstattet in der Gemeinderatssitzung

am 7. Januar 1952

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	3	III. Stadttierarzt	19
Rückblick und Ausblick	3	IV. Land- und Forstwirtschaft	20
		V. Friedhöfe	20
Rechenschaftsbericht		F. Verwaltungsämter	
A. Bauliche Entwicklung		I. Hauptamt mit Wahlamt	20
I. Wohnungsbau	5	II. Rechtsamt	21
II. Sonstige Bauten der Stadt	7	III. Amt für öffentliche Ordnung	21
III. Weitere öffentliche Bauten	9	IV. Bauratschreiberei	21
IV. Industrie- und Geschäftsbauten	9	G. Stadtteile Lustnau und Derendingen	21
V. Liegenschaftsverwaltung	10	H. Personalwesen	23
VI. Stadtplanung	11	J. Finanzwesen	
VII. Stadtmessung	12	I. Stadtpflege	24
B. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung		II. Rechnungsprüfungsamt	24
I. Bevölkerungsentwicklung	12	III. Stadtkasse	25
II. Wohnraumfragen	12	IV. Schulpflege	25
III. Soziale Leistungen	13	V. Steuerstelle	26
C. Kulturelle Entwicklung	15	K. Zukunftsaufgaben	
D. Stadtwerke		I. Allgemeines	27
I. Elektrizitätsversorgung	17	II. Planungs- und Bauaufgaben der Stadtverwaltung	29
II. Gasversorgung	17	III. Stadtwerke	30
III. Wasserversorgung	17	IV. Kulturelle Aufgaben	30
IV. Straßenbeleuchtung	18	V. Soziale Aufgaben	30
V. Bäderwesen	18	L. Der Gemeinderat und seine Arbeit	30
E. Sonstige städt. Betriebe		Schluß	31
I. Betriebe des Tiefbauamts	19		
II. Feuerwehr	19		

Meine Damen und Herren!

Einleitung

Ich begrüße Sie auf das herzlichste in der heutigen ersten Sitzung des Gemeinderats im neuen Jahr und erlaube mir, Ihnen für das vor uns liegende Jahr 1952 die besten Wünsche auszusprechen. Möge auch dieses Jahr für unser deutsches Volk und für die ganze Welt ein Jahr des Friedens sein. Möge es die getrennten Teile unseres Volkes der Wiedervereinigung und die europäischen Völker einem Zusammenschluß näherbringen. Besonders begrüße ich die neugewählten Mitglieder des Gemeinderats, die in der heutigen öffentlichen Gemeinderatssitzung in ihr Amt eingeführt werden sollen.

Der heutige Tag bietet in besonderem Maße Anlaß zu

Rückblick und Ausblick

a) So wie jeder einzelne von uns am Silvesterabend auf das vergangene Jahr mit seinen guten und bösen Tagen zurückblickt und wie er mit Hoffnungen und Sorgen dem neuen Jahr entgegenblickt, so geben auch wir als die Haushalter dieses Gemeinwesens uns Rechenschaft über das, was wir im vergangenen Jahr gearbeitet haben, und wir stellen uns die Aufgaben vor Augen, die wir voraussichtlich im kommenden Jahr lösen müssen.

b) Die Verabschiedung der ausscheidenden Gemeinderatsmitglieder gibt uns aber Veranlassung, nicht nur auf das Jahr 1951 zurückzublicken, sondern auf die ganze dreijährige Wahlperiode dieser Gemeinderatsmitglieder. Durch die Gemeinderatswahl vom 18. November 1951 ist der Gemeinderat zur Hälfte erneuert worden. Die an diesem Tag gewählten Gemeinderatsmitglieder haben eine sechsjährige Amtszeit vor sich. In seiner heutigen Zusammensetzung wird der Gemeinderat in den nächsten drei Jahre tätig werden und er wird

sich demnächst über die großen Aufgaben der Stadt ein gewisses Programm zu bilden haben.

c) Ich selbst stehe heute gerade in der Halbzeit meiner sechsjährigen Wahlperiode als ehrenamtlicher Oberbürgermeister dieser Stadt und habe daher auch von mir aus Anlaß, auf die Arbeit der vergangenen drei Jahre zurückzublicken und mir Gedanken über die Aufgaben der kommenden drei Jahre zu machen.

d) Die Wochen und Monate, die wir eben durchleben, bilden aber für unsere Stadt einen Wendepunkt noch in einem bedeutsameren Sinn. Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 haben die Besatzungsmächte die Länder des südwestdeutschen Raumes ohne Rücksicht auf die geschichtlichen, wirtschaftlichen und stammesmäßigen Zusammenhänge nach ihren Gesichtspunkten aufgeteilt, und sie haben die Stadt Tübingen zur Landeshauptstadt des Landes Württemberg-Hohenzollern gemacht. Bei der Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 stand die Frage überhaupt nicht zur Entscheidung, ob dieser staatsrechtliche Zustand erhalten bleiben soll. Es war nur die Frage, ob unser Land Württemberg-Hohenzollern wieder mit Nordwürttemberg vereinigt werden soll oder ob es in dem größeren Rahmen des Südweststaates aufgehen solle. Zu unserer Freude ist die Entscheidung der Abstimmungsberechtigten zugunsten der großräumigen Lösung gefallen, von der wir uns vor allem eine Stärkung des staatspolitischen, des wirtschaftlichen und des kulturellen Gewichts des südwestdeutschen Raumes im Rahmen der Entwicklung unseres ganzen Volkes erhoffen.

Die sieben Jahre von 1945 bis zur Gegenwart sind in der Geschichte unserer Stadt eine verhältnismäßig kleine Spanne, aber sie haben auf die Struktur unserer Stadt vielleicht stärker eingewirkt als ein ganzes Jahrhundert ruhiger Entwicklung in der Vergangenheit. Deshalb stellt uns auch das unmittelbar bevorstehende Ende des Landes Württemberg-Hohenzollern und damit der Eigenschaft von Tübingen als Landeshauptstadt vor eine Fülle neuer Aufgaben und schwieriger Überlegungen.



W 53 / 1

Wir, die wir mitten in der kommunalen Arbeit stehen, sind uns der vielfachen Nöte der verschiedenen Bevölkerungskreise durchaus bewußt und wir teilen die schweren Sorgen aller verantwortlichen Kräfte um die politische Entwicklung unseres Volkes im Innern wie nach außen. Trotzdem müssen wir an einem Tag wie heute beim Rückblick auf die Zeit seit dem Jahr 1945 feststellen, daß es uns wie ein Wunder vorkommt, wenn wir als Volk, als Stadt und als Einzelner nach dem völligen und hoffnungslos erscheinenden Zusammenbruch des Jahres 1945 nunmehr zu Beginn des Jahres 1952 wieder so dastehen, wie es heute der Fall ist. Die Zeit vom Zusammenbruch bis zur Währungsreform war erfüllt von der Sorge um die Erhaltung der bloßen Existenz der Bevölkerung. Die Aufgaben jener Zeit waren überaus schwierig und verantwortungsvoll. Dabei hatte die Stadtverwaltung damals auch einen schweren Stand gegenüber den vielseitigen Anforderungen und Einwirkungen der Besatzungsmacht.

Trotz aller Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und der Heranziehung von Arbeitskräften ist es in Tübingen gelungen, noch vor der Währungsreform die Wiederherstellungsarbeiten an kriegszerstörten städt. Gebäuden an der Schaffhausenstraße und privaten Gebäuden in der Bismarckstraße in Bewegung zu bringen. Erst die Währungsreform

vom Juni 1948 ermöglichte jedoch eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens und schuf damit die Grundlage für die umfassende Aufbauarbeit der hinter uns liegenden Zeit. Schon im Jahr 1948 — noch unter der Führung von Herrn Oberbürgermeister Hartmeyer — wurde ein beträchtliches Programm auf dem Gebiet des Straßenbaus und des Wohnungsbaus in die Wege geleitet. Die Jahre 1949 bis 1951 brachten für Tübingen eine Aufbauarbeit, die über das Ausmaß der Bautätigkeit früherer Jahre weit hinausgeht.

Der Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 und die seither gesteigerte Aufrüstung der verschiedenen Großmächte haben zu einer tiefgreifenden Änderung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse, zu einer Teuerungswelle, zu Verknappungen auf wichtigen Rohstoffgebieten und damit zu Störungen in der Verbrauchsgüterwirtschaft und zu außerordentlichen Erschwerungen in der Bauwirtschaft geführt. Wir stehen heute noch mitten in dieser Entwicklung, deren Ausgang weder nach der politischen, noch nach der wirtschaftlichen Seite abzusehen ist. Wir sind uns durchaus darüber im klaren, daß auch die Geschieke unserer Stadt durch die großen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Welt im ganzen wie unseres deutschen Vaterlandes entscheidend beeinflußt werden.

Rechenschaftsbericht

A. Bauliche Entwicklung

Am eindrucksvollsten kommt das Aufleben unserer Stadt in den letzten Jahren in ihrer baulichen Entwicklung zum Ausdruck.

I. Wohnungsbau

In diesem Rahmen erwähne ich in erster Linie den Wohnungsbau, dessen Förderung in all den vergangenen Jahren die wichtigste Aufgabe der Stadt war.

1. Die im Verhältnis zu anderen Städten geringen Lücken, die der Luftkrieg in den Wohnungsbestand von Tübingen gerissen hat, sind in der Zwischenzeit nahezu geschlossen worden. Vor allem hat die Stadt ihren zerstörten und schwerbeschädigten Hausbesitz an der Schaffhausenstraße in den Jahren 1948/1949 wieder aufgebaut.

2. Neben einer großen Zahl von einzelnen Wohnungsbauten sind aus der Arbeit der vergangenen Jahre folgende Baukomplexe hervorzuheben:

a) Die stärkste bauliche Entwicklung hat die Stadt in den letzten Jahren in südlicher Richtung genommen.

(1) Hier haben wir vor allem das Gebiet zwischen der Reutlinger Straße und der Stuttgarter Straße durch den Bau der verlängerten Eugenstraße, der Achalmstraße, der Lichtensteinstraße und der Kiesackerstraße neu erschlossen und großenteils auch mit 2- bis 4geschossigen Wohnhäusern mit bisher insgesamt 143 Wohnungen bebaut.

(2) Südlich der Umgehungsstraße haben wir zunächst das Baugebiet für den privaten Wohnungsbau am Völkerweg

und an der Alexanderstraße entwickelt. Neuerdings kamen die Erschließungsarbeiten für die im Bau befindlichen Wohnungsbauvorhaben der französischen Besatzungsmacht beim Hechinger Eck und auf dem großen städt. Gelände zwischen dem alten Standortlazarett und dem Gaswerk hinzu.

(3) Des weiteren haben wir das Wohngebiet zwischen der Hechinger Straße und der Steinlach vor allem durch den Bau der Vischerstraße vorangetrieben. Die vorgesehene bauliche Entwicklung ist nun aber durch Bauten für französische Offiziere unterbrochen worden und bedarf daher einer neuen Planung und Ordnung.

(4) Ferner hat die Gartenstadt eine namhafte Erweiterung erfahren.

b) Ein weiteres großes Vorhaben stellt die Besiedlung des städt. Geländes auf dem Sand hinter dem Versorgungskrankenhaus dar. Dieses Gebiet ist im abgelaufenen Jahr in einem Zug etwa zur Hälfte überbaut worden. Die weitere Erschließung ist vorgesehen.

In Lustnau hat sich eine lebhaftere Bautätigkeit in dem Gebiet nördlich der Pfrondorfer Straße entwickelt, wobei die Stadt Erschließungsarbeiten in der Harpprechtstraße, der Theurerstraße, der Hornschuchstraße und Stieglerstraße geleistet hat. Auch im Gebiet des Denzenbergs und der Waldhäuser Höhe sowie im Geigerle sind verschiedene Erschließungsarbeiten durchgeführt worden, um weitere Wohnbauten aufnehmen zu können.

Hervorzuheben ist noch der vom Land Württemberg-Hohenzollern veranlaßte Bau von 34 Wohneinheiten zwischen Wilhelmstraße und Nauklerstraße, von denen 28 Wohneinheiten zunächst für Bürozwwecke des Staates verwendet werden. (Abb. S. 6.)



Wohnungsbauten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Tübingen an der Wilhelmstraße
(Foto: Kleinfeldt.)

c) Auch in westlicher Richtung hat die Stadt eine Ausweitung erfahren, vor allem durch die Bauten an der Westbahnhof-, Rheinland- und Dürrstraße sowie beiderseits der Herrenberger Straße.

3. Insgesamt sind in Tübingen in der Nachkriegszeit — im wesentlichen seit der Währungsreform — gebaut oder in Angriff genommen worden 1366 Wohneinheiten und rund 200 Einzelzimmer, darunter:

	Wohn.-Einh.	EZ.
von der Stadt selbst	48	
und in Altersheimen		110
von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Tübingen m.b.H.	220	
von der Kreisbaugenossenschaft Tübingen eGmbH.	96	
von der Postbaugenossenschaft	29	
von der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Sigmaringen (GSW)	45	
von der Siedlungsgesellschaft des Ev. Hilfswerks	60	
Insgesamt von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen	450	
von privaten Bauherren	672	
auf Besatzungskosten	196	

4. Allein im Jahr 1951 sind fertiggestellt oder in Angriff genommen worden:

	WE.	EZ.
a) von der Stadt selbst		
die Obdachlosensiedlung im Gewand Backofen mit	12	
und im 2. Altersheim		50
b) von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Tübingen mbH.		
(1) mit wesentlicher finanzieller Förderung von seiten der Stadt und mit einem Darlehen der Landesversicherungsanstalt ein 10-Familienhaus und 4 Viererblöcke an der Herrenberger Straße, zusammen	22	
(2) aus dem Flüchtlingsbauprogramm 1950 an der Stuttgarter und Katharinenstraße drei Blocks mit	42	
(3) aus Förderungsmitteln für Besatzungsverdrängte an der Stuttgarter Straße drei Blocks mit	48	
(4) die vorerwähnten Bauten vorwiegend für staatliche Zwecke zwischen Wilhelmstraße und Nauklerstraße mit	34	

	WE.	EZ.
c) von der Kreisbaugenossenschaft Tübingen eGmbH.		
(1) aus dem allgemeinen Bauprogramm 1950 an der Achalmstraße und Albrechtstraße	22	
(2) aus dem Flüchtlingsbauprogramm 1950 in der Gartenstadt	36	
auf dem Sand (Abb. S. 14)	32	
(3) im Programm 1951 an der Achalmstr.	4	
d) von der Postbaugenossenschaft aus den Programmen 1950 und 1951 an der Jahnstraße, Alexanderstraße und Dürrstraße	10	
e) von der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Sigmaringen (GSW)		
(1) aus den Programmen 1950 und 1951 in der Gartenstadt	16	
(2) aus dem Programm 1951 an der verlängerten Eugenstr. u. Wächterstr.	29	
f) von der Siedlungsgesellschaft des Ev. Hilfswerks aus dem Programm 1951 auf dem Sand	44	
g) vom Internat. Bund für Kultur- und Sozialarbeit das Heim an der Eugenstraße mit	20	
h) von privater Seite	339	
i) im Allianz-Studentenheim und im Johanneum	72	
k) auf Besatzungskosten aus dem Programm 1950		
24 Offiziers- und 24 Unteroffizierswohnungen	48	
aus dem Programm 1951		
36 Offizierswohnungen, 96 Unteroffizierswohnungen und 16 Wohnungen für die franz. Kreisverwaltung	148	
Summe	886	142

Hiernach sind im Jahr 1951 in Tübingen insgesamt fertiggestellt oder in Angriff genommen worden 886 Wohneinheiten. Da sich unter den fertiggestellten Bauten ein beträchtlicher Überhang aus dem Jahr 1950 befindet und da ein Teil der in Angriff genommenen Bauten erst im Jahr 1952 vollendet werden wird, so umfaßt diese Zahl ungefähr die Bautätigkeit von 2 Jahren. 1949 betrug die entsprechende Zahl 261 WE, 1950 597 WE. Die Steigerung auf 886 im Jahr 1951 zeigt sinnfällig den außerordentlichen Aufschwung in der Wohnbautätigkeit Tübingens, wenn man bedenkt, daß in Tübingen in guten Baujahren der früheren Friedenszeit höchstens 150—200 Wohneinheiten erstellt worden sind.

II. Sonstige Bauten der Stadt

1. Bald nach der Währungsreform hat die Stadt den ersten Neubau eines Altersheims in Angriff genommen und durchgeführt. Im Jahr 1951 hat das Tübinger Hilfswerk mit wesent-

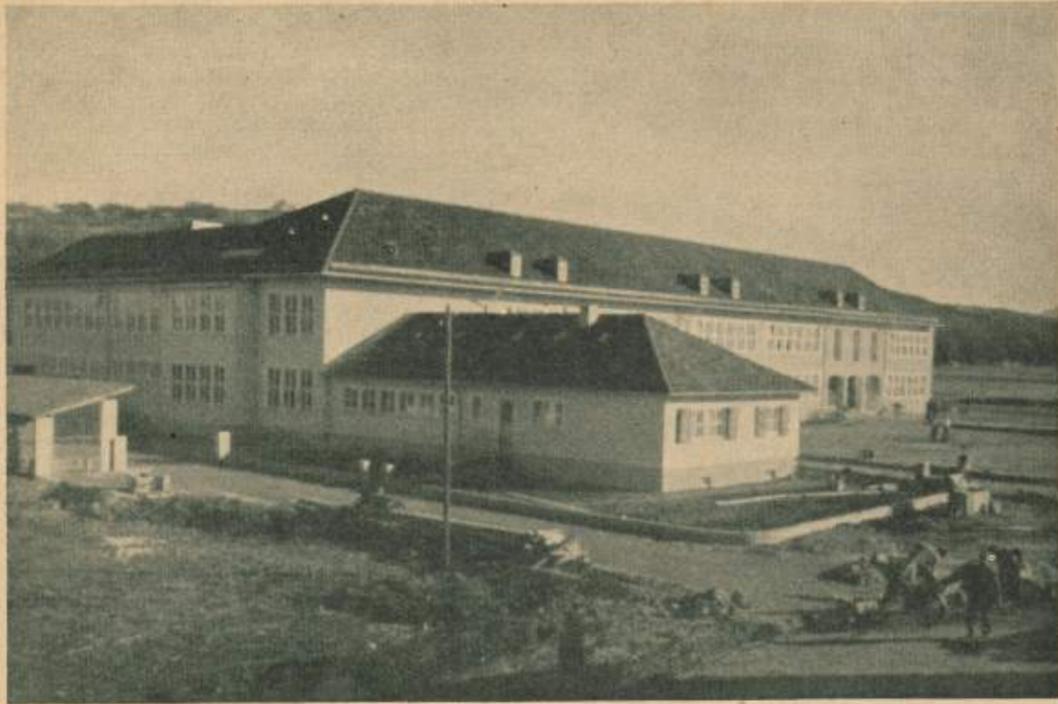
licher Förderung aus staatlichen und städt. Mitteln den Neubau eines zweiten Altersheims im Pauline-Krone-Heim in Angriff genommen, dessen Richtfest wir am 30. November 1951 feiern konnten. Dieser zweite Neubau wird voraussichtlich 50 Tübinger Bürgerinnen und Bürgern ein Heim für ihren Lebensabend bieten.

2. Am 16. Juni 1951 konnten wir der Bevölkerung unserer Stadt den Neubau des Tübinger Freibads übergeben, das im oberen Neckartal in landschaftlich reizvoller Umgebung entstanden ist. Mit seinem Becken von 85 m Länge und 25 m Breite, mit seinen zweckmäßigen Bauten und seinen Liege- und Spielwiesen stellt es eine hervorragende Sport- und Erholungsstätte dar. Trotz der wenig günstigen Witterung dieses Sommers ist das Bad in dem noch zur Verfügung stehenden Teil der Badesaison 1951 von rund 110 000 Badegästen besucht worden. Der endgültige Ausbau dieses Freibads wird die Mittel der Stadt auch im Jahr 1952 noch wesentlich in Anspruch nehmen. (Abb. S. 18.)

3. Ein weiteres großes Bauvorhaben der Stadt, die Mörikeschule im Steinlachtal, konnten wir am 17. November 1951 feierlich einweihen. „Man möchte wieder 10 Jahre alt sein, um selbst in diese neue Schule gehen zu können“, schrieb mit Recht ein Pressebericht-erstatte. Diese Schule umfaßt 16 normale Klassenräume für über 700 Volksschüler, dazu einen Handarbeitssaal, einen Zeichensaal, einen Werkstattraum sowie verschiedene Lehrer- und Lehrmittelzimmer. In dem Schulgebäude ist eine 8klassige christliche Gemeinschaftsschule mit 360 Schülern untergebracht, außerdem 134 der jüngeren Jahrgänge der evangelischen und 206 der katholischen Volksschule. Ein Ausbau des Schulgebäudes mit weiteren Klassenräumen, einer Haushaltungsschule und einer Turnhalle ist für später vorgesehen. Das Land Württemberg-Hohenzollern hat zu den Baukosten von rund 800 000 DM einen Beitrag von 220 000 DM geleistet.

Die Mörikeschule (Abb. S. 8) wie auch die Neubauten im Pauline-Krone-Heim sind vom Städt. Hochbauamt geplant und unter seiner Bauleitung ausgeführt worden. Dasselbe gilt für die Wohnbauten der Stadt und großenteils auch für die der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Tübingen m.b.H.

4. Ein weiteres großes Bauvorhaben stellte die Verbreiterung der Eberhardsbrücke dar, die unter der Bauleitung des Straßen- und Wasserbauamts Rottenburg durchgeführt und im Dezember 1951 abgeschlossen worden ist. Durch diese Arbeiten wurde die Eberhardsbrücke insgesamt von 14,30 Meter auf 20 Meter verbreitert, und zwar die Fahrbahn von 8,70 auf 12 Meter, der westliche Gehweg von 2,80 auf 4,75 und der östliche Gehweg von 2,80 auf 3,25 Meter. Da die Verbreiterung in erster Linie den Gehwe-



Mörikeschule an der Primus-Truber-Straße im Stadtteil Derendingen. (Foto: Göhner.)

gen zugute kam, konnte sie in einer verhältnismäßig leichten Konstruktion ausgeführt werden. (Abb. S. 11.)

Gleichzeitig wurde auch der sogenannte „Indianersteg“ (Fußgängersteg vom Uhlanddenkmal über den Flutkanal zur Platanenallee) erneuert, der am Ende des Krieges gesprengt worden war.

5. Die Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs und die starke Wohnungsbautätigkeit haben dazu geführt, daß in den vergangenen Jahren das Tiefbauamt an Straßenbauten, Brückenbauten und Kanalisationsarbeiten eine außergewöhnliche Tätigkeit entfaltet hat. Insgesamt hat das Tiefbauamt auf diesem Gebiet seit der Währungsreform Arbeiten im Betrag von 3,5 Millionen DM ausgeführt oder in Angriff genommen. Allein im Jahre 1951 handelt es sich um Arbeiten im Betrag von 1,4 Millionen DM. Diese Arbeiten des Jahres 1951 betreffen u. a.:

die Weiterführung der Erschließungsarbeiten in dem Gebiet zwischen der Reutlinger und Stuttgarter Straße, vor allem in der Eugenstraße, in der Lichtensteinstraße und in der Kiesackerstraße,

die Erschließung für die Bauten der Besatzungsmacht an der Hechinger Straße, an der Schickhardtstraße, am Hechinger Eck und ostwärts des alten Standortlazarets,

die Erschließungsarbeiten in der Corrensstraße für das Max-Planck-Institut für Prof. Kühn,

die Kanalisationsarbeiten im Pfalzholdenweg und in der oberen Biesingerstraße,

die Kanalisationsarbeiten beim Neubau der Kassenärztlichen Vereinigung an der Wilhelmstraße,

die Erschließung der Siedlung im Gewand Backofen,

den ersten Bauabschnitt der Auffahrtsstraße zum Bergfriedhof,

die Kanalisationsarbeiten in der Bursagasse und Klinikumsgasse zum Anschluß der Alten Aula und der Zahnklinik an die Schwemmkanalisation,

die Kanalisationsarbeiten in der Heinlenstraße,

die Verbreiterung der Eberhardsbrücke und den Neubau des Indianerstegs,

die Eindolung einer Teilstrecke des Käsenbachs.

Im besonderen möchte ich noch auf die dieser Tage in Gang gekommenen Arbeiten an der Auffahrtsstraße zum Bergfriedhof hinweisen. Als erster Bauabschnitt ist eine Strecke von 1050 Meter vorgesehen. Da diese Straße zugleich der Erschließung des Wohngebiets am Fuße des Galgenbergs dient, so muß sie auch mit Kanalisation, Gas- und Wasserleitungen versehen werden. Insgesamt erfordert daher dieser erste Bauabschnitt der neuen Straße allein den außerordentlich hohen Aufwand von 260 000 DM. Die Arbeiten werden in den kommenden Wintermonaten als Notstandsarbeiten mit Förde-

rung des Landesamtes durchgeführt werden, um einer größeren Anzahl von Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen.

6. Vor eine Fülle eiliger und kostspieliger Arbeiten ist das Tiefbauamt durch die Unwetterkatastrophe vom 7. September 1951 gestellt worden, als durch einen Wolkenbruch, der vor allem auf dem Hang nördlich des Ammertals vom Steinenberg bis zur Pfrondorfer Steige niedergegangen ist und der die winzigen Bäche dieses Gebiets in ungeahntem Maße hat anschwellen lassen, in den Bachbetten, an den Straßen und Feldwegen sowie an unbebauten Grundstücken und auch an einigen privaten Gebäuden große Schäden entstanden sind. Der Schaden an städt. Eigentum beträgt rund 150 000 DM. Davon mußten Arbeiten im Umfang von 60 000 DM sofort durchgeführt werden. Die weiteren Arbeiten im Umfang von 90 000 DM werden die künftige Finanzwirtschaft der Stadt belasten. Darüber hinaus sind Arbeiten zur teilweisen Eindolung des Käsenbachs notwendig geworden, die mit einem Aufwand von 55 000 DM bereits in Angriff genommen sind. Noch kostspieligere Arbeiten am Gutleuthausbach und am Kirchgraben in Lustnau werden in den nächsten Jahren mit einem voraussichtlichen Aufwand von 100 000 DM durchzuführen sein.

III. Weitere öffentliche Bauten

1. Aus dem Kreis der sonstigen öffentlichen Bauten, die in Tübingen in den letzten zwei Jahren erstellt worden sind, hebe ich hervor die Neubauten der Max-Planck-Institute für Virusforschung an der Melanchthonstraße und für Biologie (Prof. Dr. Melchers) an der Corrensstraße, ferner den im Jahr 1951 durchgeführten Neubau des Max-Planck-Instituts für Zoologie (Prof. Kühn) auf der Eberhardshöhe.

2. Vor kurzem ist der Neubau des Chemisch-Pharmazeutischen Instituts an der Wilhelmstraße in Angriff genommen worden, der eine hervorragende Ausbildungsstätte für die Apotheker darstellen wird.

3. In den Jahren 1948/49 hat die katholische Kirchengemeinde die neue Sankt-Michaels-Kirche an der Hechinger Straße erbaut und inzwischen durch Anbauten für kirchliche und caritative Zwecke ergänzt.

4. Bereits im Jahr 1949 ist der Neubau der Waldorfschule an der Wilhelmstraße erstellt worden.

5. Aus dem Jahr 1951 ist besonders hervorzuheben der Neubau des Kreisverbandsgebäudes an der Doblerstraße, der sich glücklich in die bauliche Gestaltung einfügt und der neben der Verwaltung des Kreisverbandes auch einige weitere Dienststellen aufgenommen hat. (Abb. S. 10.)

6. Bemerkenswert ist der Neubau der Kassenärztlichen Vereinigung an der Wilhelmstraße, in dem verschiedene ärztliche Organisationen untergebracht werden; dieser Bau stellt einen wirkungsvollen städtebaulichen Abschluß der Innenstadt gegenüber dem Stadtteil Lustnau dar.

7. Die Besatzungsmacht hat auf Besatzungskosten neben den erwähnten Wohnungsbauten auch umfangreiche Bauten in den Kasernenbereichen durchgeführt. Vor allem sind die durch den Luftkrieg zerstörten Mannschaftsgebäude in der Hindenburgkaserne im vergangenen Jahr wieder aufgebaut worden.

IV. Industrie- und Geschäftsbauten

1. Die Stadt Tübingen hat sich längst von dem Gedanken abgekehrt, lediglich eine stille Gelehrtenstadt sein zu wollen. Wir sind vielmehr lebhaft darum bemüht, Industrie, Handel und Gewerbe nach Tübingen hereinzubringen, um die Steuerkraft der Stadt zu heben. Nur dadurch können wir die Stadt in die Lage versetzen, ihren vielseitigen Verpflichtungen auf baulichem, kulturellem und fürsorglichem Gebiet nachzukommen. Die Verbreiterung dieser wirtschaftlichen Basis unserer Stadt soll vor allem auch den bestehenden Betrieben zugute kommen, die ja sonst allein die wachsende öffentliche Last tragen müßten und darunter zu leiden hätten. Die Stadtverwaltung fördert die vorhandenen Betriebe, wenn sie sich erweitern wollen, durch Bereitstellung von städt. Grundstücken, soweit dies irgendwie möglich ist. Erfreulicherweise haben sich in den letzten Jahren die wichtigsten der hier ansässigen Firmen erheblich erweitert und sie haben vor allem in den Jahren seit der Währungsreform die durch Krieg und Demontage verlorengegangene Ausrüstung zu einem erheblichen Teil wieder beschaffen können. Unter diesen Betrieben, die ihre Leistungsfähigkeit gesteigert haben, erwähne ich vor allem die Württ. Frottierweberei in Lustnau, die Frottierweberei Joep, die Firma Gröber, die Himmelwerke, die Montanwerke, die Fa. Zanker KG., die Maschinenfabrik Majer, die Firma Braun & Kemmler und die Firma Plumm & Kemmler. Auch die größeren und kleineren Unternehmer des Baugewerbes haben ihre Betriebe ausgebaut und modernisiert. Die Förderung neuer Industrieansiedlung bedarf weiterhin sorgfältiger Prüfung im Benehmen mit den einheimischen Unternehmen.

2. Eine wesentliche neue Note in städtebaulicher und geschäftlicher Hinsicht hat das von der Allianz-Lebensversicherungs-AG. errichtete Allianzhaus an der Friedrichstraße gebracht, das wir am 23. Februar 1951 einweihen konnten. In dem Flügel an der Poststraße



Neues Kreisverbandsgebäude an der Doblerstraße. (Foto: Göhner.)

ist, wie erwähnt, ein Studentenwohnheim mit 42 gut eingerichteten Einzelzimmern geschaffen worden. In dem Hauptbau an der Friedrichstraße hat das Textilgeschäft Zinser von Herrenberg 2 Stockwerke gemietet, da keine Tübinger Firma zur geschlossenen Übernahme dieser Geschäftsräume bereit war. Die Auffassung der Stadtverwaltung und des Gemeinderats, daß im Zuge der Entwicklung des südlichen Stadtteils die Friedrichstraße zu einer Geschäftslage werde, hat sich inzwischen durchgesetzt. Auf der Nordseite der Friedrichstraße sind die Neubauten von Kiesinger, Altvater, Allmendinger sowie an der Ecke der Wöhrdstraße der Neubau der Allgemeinen Rentenanstalt gefolgt. Es ist anzunehmen, daß auch die letzte Baulücke an der Nordseite der Friedrichstraße demnächst geschlossen wird.

3. Die Firma Zinser bildet offensichtlich einen Anziehungspunkt für Käufer auch aus der näheren und weiteren Umgebung von Tübingen. Es ist ein lebhafter Wettstreit wahrzunehmen, der zweifellos auch eine Reihe der alteingesessenen Tübinger Geschäfte zu einer Modernisierung ihrer Geschäftsräume, insbesondere ihrer Auslagen, veranlaßt hat.

4. Eine größere Anzahl neuer Geschäftsräume sind in dem Neubau der Museums-gesellschaft an der Wilhelmstraße (in dem sogenannten „K o m m ö d l e“) entstanden, ferner in der Ladenreihe an der Bahnhofs-

straße zwischen dem Bahnhofsgebäude und der Unterführung.

5. Erfreulicherweise konnte die noch durch die Besatzungsmacht aus ihren Geschäftsräumen verdrängte Firma Bleckmann in dem Flammerschen Haus am Holzmarkt unterkommen. Sie hat durch eine großzügige Arkadenlösung diese Räume nicht nur für ihre Zwecke muster-gültig eingerichtet, sondern zugleich dem öffentlichen Verkehr eine wesentliche Erleichterung geschaffen.

V. Liegenschaftsverwaltung

1. Ein großer Teil der Neubauten, insbesondere der Wohnungsneubauten, ist auf bisher städt. Grundstücken erstellt worden. Die Liegenschaftsverwaltung war naturgemäß bestrebt, für die abgegebenen Grundstücke Ersatz durch Erwerb anderer Grundstücke, vor allem im Außengebiet der Stadt, zu schaffen. Insgesamt hat die städt. Liegenschaftsverwaltung seit 1945 23,5 ha durch Verkauf, 12 ha im Erbbaurecht abgegeben und 104 ha neu erworben. Der Kaufvertrag über das Neckarmüllereianwesen vom Oktober 1950 konnte im Jahr 1951 vollzogen werden. Im Laufe des Jahres 1951 konnte die Stadtverwaltung von den Erben des Freiherrn Hans von Zwierlein das Hofgut Bläsiberg mit 40 ha Acker- und Wiesenland und



Verbreiterte Neckarbrücke (Foto: Göhner.)

32 ha Wald erwerben, außerdem von anderen Eigentümern eine Fläche von 14 ha.

2. Im Laufe des Jahres 1951 konnte auch die Frage der Restitution von Verbindungshäusern, soweit die Stadt daran beteiligt war, im wesentlichen abgeschlossen werden. Die Stadt hatte in den Jahren 1936 bis 1938 eine Anzahl von Verbindungshäusern erworben, als das Leben der alten Verbindungen durch die Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates lahmgelegt wurde. Ein Teil dieser Verbindungshäuser ist in der Kriegszeit an die NSV und andere nationalsozialistische Organisationen weitergegeben worden. Die Stadtverwaltung hat alle Fälle, in denen sie beteiligt war, in der Richtung abgewickelt, daß die Verbindungshäuser den alten Verbindungen zurückgegeben wurden und daß über die finanziellen Auswirkungen ein loyaler Vergleich abgeschlossen wurde. So hat die Stadt das Guestfaltenhaus, das Roigelhaus und das Stuttgardiahaus zurückgegeben; die Rückgabe des Wingolfhauses hängt nur noch von einer formellen Voraussetzung ab. Auch die von der Stadt weitergegebenen Verbindungshäuser (das Eberhardinahaushaus, das Rothenburgerhaus und das Normannenhaus) sind unter Mitwirkung der Stadt an die alten Verbindungen zurückgegeben worden.

Im Kreis der Studenten und der Altakademiker ist die Diskussion über die künftige

Form des Studentenlebens immer noch in lebhaftem Gang. Bei der Rückgabe der Verbindungshäuser an die alten Verbindungen konnte und wollte die Stadtverwaltung auf diese Frage keinen Einfluß nehmen.

VI. Stadtplanung

Hinter all dieser baulichen Entwicklung steht eine umfangreiche Arbeit der Stadtplanung und der Stadtmessung, die im einzelnen hier nicht dargestellt werden kann.

Der vom Gemeinderat am 1. September 1950 bestellte Stadtplaner Beicher hat im Jahr 1951 seine Tätigkeit in vielen Richtungen aufgenommen. Um ihn von der Arbeit an den einzelnen Baugesuchen, die in den Stadtbauplan sowie in das Straßen- und Landschaftsbild eingefügt werden müssen, freizustellen, hat der Gemeinderat ihm noch den Dipl.-Ing. Scheerer beigegeben. Der Stadtplaner hat neben vielen einzelnen Plangestaltungen vor allem das Baugebiet nördlich und südlich der Stuttgarter Straße sowie das Baugebiet auf dem Sand entwickelt und sich mit den Fragen der Verkehrsplanung im Innern der Stadt und in den Außengebieten befaßt. Sein Entwurf eines Ringverkehrs an der Kreuzung Stuttgarter Straße / Hechinger Straße fand am 17. Dezember 1951 die Billigung des Gemeinderats.

VII. Stadtmessung

Die sorgfältige Arbeit des Stadtmessungsamts ist erforderlich als Grundlage für jede Grundstücksveräußerung, für die Ausgabe von Erbbaurechten und auch für die Belastungen der Baugrundstücke im Grundbuch, ferner für die Stadtplanung im allgemeinen und die Feststellung der Stadtbaupläne im besonderen, außerdem für die Planung und Ausführung der Straßen mit all den Leitungen für Kanalisation, Gas, Wasser, Strom und Fernsprechnetz, die in die Straßen eingelegt werden und

für später einzumessen sind. Außerdem muß das Stadtmessungsamt sein ganzes Vermessungsnetz erhalten und die einzelnen Planwerke in ihren verschiedenen Maßstäben ständig auf dem laufenden halten. Da diese Aufgaben während der Kriegs- und der ersten Nachkriegszeit geruht hatten und da nun die große Bautätigkeit eine Überfülle laufender Aufgaben hinzufügte, so mußte das Stadtmessungsamt, um auch nur einigermaßen bei stärkster Anspannung seiner Kräfte diesen Aufgaben nachzukommen, personell erheblich verstärkt werden.

B. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung

Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt seit dem Jahr 1945 ist dadurch entscheidend beeinflusst worden, daß die Universitätsstadt Tübingen zugleich zur Landeshauptstadt des Landes Württemberg-Hohenzollern geworden ist.

I. Bevölkerungsentwicklung

1. Vor dem zweiten Weltkrieg hatte Tübingen eine Einwohnerzahl von 31 900. Seit 1945 sind vor allem hinzugekommen:

- die Vermehrung der Studenten von normalerweise etwa 1400 Studenten auf derzeit etwa 4200 Studenten (ein Teil der Studenten wohnt allerdings außerhalb von Tübingen),
- die Beamten und Angestellten der Landesregierung mit über 1000 Personen (diese wohnen größtenteils nur möbliert in Tübingen, während ihre Familien vielfach auswärts wohnen),
- die Heimatvertriebenen und die Ostzonenflüchtlinge mit 3788 Personen,
- das französische Landeskommissariat und die französische Kreisdelegation sowie eine Garnison, die nunmehr etwa zwei Regimenter beträgt und damit die weitaus stärkste in Württemberg-Hohenzollern ist. Die Zahl der in Tübingen untergebrachten Franzosen mit ihren Familienangehörigen ist der Stadtverwaltung nicht bekannt. Beachtlich ist, daß neben den Kasernenbauten und neben den Wohnungsneubauten der französischen Besatzungsmacht noch 421 Wohnungen und 31 Gebäude (vor allem frühere Verbindungshäuser) von der Besatzungsmacht beschlagnahmt sind und damit für den deutschen Wohnungsmarkt ausfallen.

Die fortgeschriebene Einwohnerzahl von Tübingen ohne die Besatzungsmacht hat auf 31. 12. 1951 die 40 000 überschritten. Mit der Besatzungsmacht kann sie auf mindestens 45 000 ge-

schätzt werden. Dieser Bevölkerungszuwachs entspricht einem monatlichen Zugang von über 120 Personen.

2. Gegenüber der Wanderungsbewegung spielt der natürliche Bevölkerungszuwachs nur eine untergeordnete Rolle. Im Jahr 1951 sind in Tübingen von ortsansässigen Müttern 564 (i. V. 560) Kinder geboren worden. Von der ortsansässigen Bevölkerung sind 314 (i. V. 313) gestorben, so daß sich ein Geburtenüberschuß von 250 (i. V. 247) ergibt. (Die Geburts- und Todesfälle in den Kliniken sind selbstverständlich bei einer solchen Darstellung außer Betracht geblieben.)

II. Wohnraumfrage

1. Durch die dargestellte natürliche Bevölkerungszunahme und die Zuwanderung ist in Tübingen die Wohnraumfrage unverändert die wichtigste Sorge geblieben. Leider müssen wir feststellen, daß durch all die Bautätigkeit der letzten Jahre dieses Problem nicht erleichtert, geschweige denn gelöst worden wäre. Die Zahl der Wohnungssuchenden, die am 1. Oktober 1948 855 betrug, ist bis zum 1. Dezember 1951 auf 2150 angestiegen.

2. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich folgende Tatsache vergegenwärtigt:

a) Der Wohnungsbau der letzten Jahre, vor allem des Jahres 1951, ist nach den Bestimmungen, die bei der Bereitstellung der Mittel getroffen worden sind, ganz überwiegend bestimmten Gruppen, insbesondere den Heimatvertriebenen, also Neubürgern zugute gekommen.

b) Auch bei der Zuteilung der vorhandenen Wohnungen sind bestimmte Bevölkerungsgruppen bevorzugt untergebracht worden, und zwar haben erhalten:

- | | |
|-----------------------|----------------|
| (1) Heimatvertriebene | 108 (i. V. 15) |
| (2) Körperbehinderte | 48 (i. V. 48) |

- | | |
|----------------------------|-----------------|
| (3) Spätheimkehrer | 27 (i. V. 15) |
| (4) Universitätsangehörige | 39 (i. V. 45) |
| (5) Räumungsurteile | 31 (i. V. 30) |
| (6) Besatzungsverdrängte | 15 (i. V. 10) |
| (7) Sozialfälle | 100 (i. V. 153) |

Die bevorzugte Unterbringung der Universitätsangehörigen war notwendig, um die Universität in die Lage zu versetzen, hervorragende Kräfte nach Tübingen berufen zu können. Außerdem wurden einige Schlüsselkräfte der Industrie im Zuge der Ansiedlung oder Förderung der Tübinger Industrie untergebracht.

3. Zurzeit stehen wir vor der Notwendigkeit, die letzten Insassen des Kreisdurchgangslagers Bad Niedernau raschmöglichst vollends aufzunehmen. Auf die Stadt Tübingen entfallen hievon noch 114 Personen. Dazu kommen noch einige Familien, die wir aus den ehemaligen Wehrmachtgebäuden in der Schellingstraße und der Hegelstraße umquartieren müssen, da diese von der Besatzungsmacht in Anspruch genommen wurden.

Es ist uns von der Regierung unseres Landes in Aussicht gestellt worden, daß wir für die Zukunft Heimatvertriebene nur aufnehmen haben, wenn für diese aus den entsprechenden Mitteln neuer Wohnraum geschaffen ist. Wir können auf diese Voraussetzung nicht verzichten, weil wir unserer einheimischen Bevölkerung wirklich nicht mehr zumuten können, ihre eigenen dringenden Wohnraumanprüche noch weiter zurückzustellen.

4. Dem Wohnungsamt liegen zurzeit außerdem vor:

- 53 Räumungsfälle (i. V. 72), die teilweise seit Jahren unerledigt sind,
- 102 sozial dringende Fälle (i. V. 130).

Diese sind aus der Gesamtzahl der Wohnungssuchenden von der Gemeindewohnungsbehörde unter der Kontrolle des Wohnungsausschusses ausgewählt worden. Die meisten dieser Fälle sind mir durch Augenschein und durch Vorsprache der Wohnungssuchenden bekannt. Ich kann demgemäß feststellen, daß es sich bei diesen sozial dringenden Fällen wirklich um unhaltbare Notstände handelt, die ganz dringend der Abhilfe bedürfen.

Die Frage, wie sich nun die staatsrechtliche Änderung auf die Belegung der Stadt Tübingen und damit auf die Wohnungslage in Tübingen auswirkt, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Wir werden selbstverständlich dieser Frage ständig unsere besondere Aufmerksamkeit widmen.

III. Soziale Leistungen

1. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unserer Bevölkerung spiegelt sich auch sehr deutlich in der Arbeit unseres Sozialamts wider. In den Vordergrund sind auch hier die Kriegsfolgelasten getreten, vor allem

die Maßnahmen für die Heimatvertriebenen, die Sach- und Währungsgeschädigten und die Spätheimkehrer.

Da das Lastenausgleichsgesetz vom Bund immer noch nicht erlassen worden ist, so mußten im Jahr 1951 die Ansprüche der durch den Krieg und seine Folgen Geschädigten nach wie vor auf der vorläufigen Grundlage des Soforthilfegesetzes befriedigt werden. Im Jahr 1951 hatte das dem Sozialamt angegliederte Soforthilfeamt besonders umfangreiche Arbeiten, vor allem auf dem Gebiet der Hausrathilfe und der Ausbildungshilfe, zu leisten.

Die Leistungen des Städt. Sozialamts sind im einzelnen:

Fürsorgeart	Laufend u. einmalig unterstützte		Aufwand DM
	Parteien	Personen	
Heimatvertriebene	259	472	80 523.—
Evakuierte	47	83	33 590.—
Zugewanderte			
mit Aufenthalt	67	77	25 675.—
Ausländer/Staatenlose	25	33	8 312.—
Angehörige von Kriegs-			
gefangenen u. Vermißten	26	51	8 266.—
Kriegsbeschädigte	125	245	33 772.—
Illegal Zugewanderte	17	18	4 444.—
Sozialrentner	141	169	79 731.—
Kleinrentner	21	21	11 592.—
Minderjährige	25	27	13 741.—
Allgemeine Fürsorge	249	494	117 291.—
Tbc-Hilfe	140	140	42 867.—
Geschlechtskrankheiten-			
fürsorge	36	36	5 760.—
Insgesamt	1 178	1 866	465 564.—
			(i. V. 396 703.— DM)

Außerdem wurden 2020 Wanderer (i. V. 4000) betreut und insgesamt 915 Anträge der Tübinger Kliniken auf Übernahme der Behandlungskosten bearbeitet.

Leistungen des Städt. Amts für Soforthilfe

Zahl der Fälle 1951	Soforthilfeleistungen	im Kalenderjahr 1951	
		DM	seit 1. 4. 49 DM
347 (i. V. 460)	Unterhaltshilfe	253 433.—	604 560.—
34 (i. V. 75)	Unterhaltszuschüsse	12 390.—	42 335.—
1693 (i. V. 1456)	Hausrathilfen	296 450.—	482 390.—
648 (i. V. 571)	Ausbildungshilfen	370 495.—	638 505.—
2722	zusammen	932 768.—	1 767 790.—

Außerdem wurden Existenzaufbaudarlehen

88	beantragt	538 760.—	700 000.—
66 (i. V. 27)	bewilligt	246 810.—	277 860.—



Siedlung „Auf dem Sand“. Erbaut von der Kreisbaugenossenschaft Tübingen. (Foto: Gölmer.)

2. Eine der schwierigsten Aufgaben des Städt. Sozialamts ist die Betreuung der durchziehenden Wanderer. Die derzeitige Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß auf diesem Gebiet fast alle Maßnahmen ohne nachhaltigen Erfolg sind, und die Betreuung praktisch nur darin bestehen kann, Obdachlosen für ein oder zwei Nächte ein Nachtlager zu besorgen und Hungrigen zu einem Essen zu verhelfen. Das traurige Ergebnis besteht darin, daß diese Wanderer von Ort zu Ort geschoben werden und dabei moralisch und physisch immer mehr herabsinken. Dank der Initiative des Evangelischen Herbergsvereins und der Arbeiterwohlfahrt haben wir in Tübingen zwei Einrichtungen, die es überhaupt möglich machen, den Obdachlosen eine anständige Herberge anzubieten. Diese Herbergen sowie die Tübinger Kliniken und die zentralen Verwaltungsstellen üben eine starke Anziehungskraft auf alle die Wanderer aus, die sich im Süden des Bundesgebiets aufhalten, um — wie sie angeben — Arbeit und Wohnung zu suchen. Einen großen Prozentsatz dieser Wanderer machen Männer und teilweise auch Frauen aus der Ostzone aus, die aus verschiedenen Gründen für das Bundesgebiet keine Aufenthaltsberechtigung bekommen konnten und die deshalb auf der Straße liegen und ziellos im Bundesgebiet umherwandern.

Die Zahl dieser Wanderer ist so groß, daß eine einzelne Stadt wie Tübingen nicht in der Lage ist, Einrichtungen zu schaffen, um dieser Notlage abzuwehren. Das wäre nur allenfalls durch Maßnahmen auf Bundesebene möglich.

Was von seiten unserer Stadt geschehen kann, das haben wir getan durch die Förderung der hiesigen Aufbaugruppe des Jugend-Sozialwerks im Internationalen Bund für Kultur- und Sozialarbeit. Dieser haben wir mit dazu verholfen, daß sie im abgelaufenen Jahr an der Eugenstraße ein Heim mit 20 Zimmern zur Unterbringung von jungen Männern, vorwiegend von Ostzonen-Flüchtlingen, errichten konnte.

3. Trotz der Not der Zeit hält sich die allgemeine Fürsorge in einem normalen Rahmen. Das ist zweifellos ein gutes Zeichen für den Willen unserer einheimischen Bevölkerung, sich soweit irgend möglich selbst durchzubringen. Es ist dies aber zugleich die Folge der trotz mehrmaliger Erhöhung der Fürsorgerichtsätze und der auf 1. Oktober erfolgten Erhöhung der Soforthilfeleistungen immer noch scharf bemessenen Voraussetzungen für die Gewährung öffentlicher Fürsorge und der Soforthilfe. Es gibt in unserer Stadt eine große Zahl, vor allem auch von älteren Personen, die in sehr dürftigen Verhältnissen

leben und deren Einkommen nur wenig über dasjenige von Fürsorgeempfängern hinausgeht. Darunter befindet sich auch eine ganze Reihe von Hausbesitzern, die kaum mehr die Lasten ihres Besitzes aufbringen können.

Die Stadtverwaltung wird auf den verschiedenen Gebieten ihrer Tätigkeit neben den im Rechtssinn fürsorgebedürftigen Kreisen gerade auch diese sonstige notleidende Bevölkerungsschicht immer im Auge behalten müssen.

4. Nur in unzulänglichem Maße kann ihr mit Mitteln der freien Wohlfahrtspflege geholfen werden. Das Tübinger Hilfswerk, dem neben den anerkannten Wohlfahrtsverbänden diese Aufgabe obliegt, hat leider in den letzten Jahren nur bescheidene Beträge von privater Seite erhalten und konnte deshalb seiner Aufgabe nur in unzulänglicher Weise entsprechen. Ich möchte jedoch nicht versäumen, an dieser Stelle den Spendern von Gaben für das Tübinger Hilfswerk den herzlichsten Dank auszusprechen.

Um das Tübinger Hilfswerk wenigstens einigermaßen für die Erfüllung seiner Aufgaben instandzusetzen, ist ihm durch den städt. Haushaltsplan ein namhafter Beitrag zugeführt worden, der es instandsetzte, auf Weihnachten eine größere Summe zu verteilen. Außerdem hat die Stadtverwaltung dem Tübinger Hilfswerk in diesem Jahr einen Be-

trag von 10 000 DM zur Verteilung an die durch das Unwetter vom 7. September 1951 Geschädigten übergeben, der inzwischen — bis auf einen geringen Rest — verteilt worden ist.

Als Hauptaufgabe ist aber dem Tübinger Hilfswerk — wie bereits erwähnt — die Errichtung des zweiten Neubaus eines Altersheims im Pauline-Krone-Heim übertragen worden. Das Tübinger Hilfswerk möchte in der Fürsorge für die Unterbringung von alten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Tübingen eine dauernde Aufgabe erblicken. Es glaubt, dafür auch einer Unterstützung aus den Kreisen der Tübinger Einwohnerschaft sicher zu sein.

Ich möchte wünschen, daß dieser Gedanke reiche Früchte trägt, und daß die Tübinger dieses Vorhaben, das so vielen Bürgerinnen und Bürgern in ihrem Alter selbst einmal zugute kommen könnte, nach Kräften unterstützen.

5. Den noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen 37 Soldaten wird, soweit ihre Anschriften bekannt sind, durch Vermittlung des hiesigen Roten Kreuzes auf Kosten der Stadt jeden zweiten Monat ein sorgfältig ausgewähltes Paket übersandt. Leider ist im vergangenen Jahr nur ein ehemaliger Soldat aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. Die Schicksale von 695 Personen sind immer noch ungeklärt.

C. Kulturelle Entwicklung

1. Auch die kulturelle Entwicklung unserer Stadt müssen wir in dem größeren Rahmen sehen, der sich aus ihrer seit 1945 eingenommenen Stellung als Landeshauptstadt ergeben hat. Den stärksten Ausdruck hat diese kulturelle Entwicklung darin gefunden, daß in Tübingen bald nach dem Zusammenbruch schon im Oktober 1945 ein städt. Schauspielhaus eingerichtet worden ist. Auch wurden auf dem Marktplatz durch hervorragende Kräfte eindrucksvolle Marktfestspiele dargeboten. Im Jahr 1948 haben die Städte Tübingen und Reutlingen den Zweckverband „Städtetheater Tübingen-Reutlingen“ gebildet, der von 1948 bis 1950 Träger des Theaters war. Von der Spielzeit 1950/51 an hat in dankenswerter Weise das Land Württemberg-Hohenzollern die Trägerschaft und damit das wirtschaftliche Risiko für dieses Theater übernommen, so daß nunmehr die Städte Tübingen und Reutlingen sich auf die Leistung eines namhaften Beitrags für dieses Theater beschränken können. Diese Gestaltung trägt der Tatsache Rechnung, daß das Theater von vornherein auch eine ganze Reihe anderer Städte bespielt hat und damit seinem Wesen nach eine Landesbühne ist.

2. In den Jahren nach dem Zusammenbruch ist in Tübingen wie auch in anderen Städten eine Überfülle von musikalischen Darbietungen und von sonstigen Veranstaltungen geboten worden. Diese Veranstaltungen waren in der RM-Zeit gut besucht, weil damals nichts zu bekommen war und deshalb die Kaufkraft der Bevölkerung sich den kulturellen Gütern zuwandte. Seit der Währungsreform hat sich diese Lage grundlegend verändert. Das Interesse und die Kaufkraft der Bevölkerung hat sich den Konsumgütern zugewandt und die künstlerischen Veranstaltungen sind dadurch finanziell notleidend geworden. Es ist dadurch eine wichtige Aufgabe der Stadtverwaltung geworden, soweit möglich, lenkend einzugreifen, um die Fülle der künstlerischen und sonstigen Veranstaltungen einzudämmen und dadurch den durchgeführten Veranstaltungen einigermaßen eine wirtschaftliche Basis zu gewährleisten. Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Sorgen ist hervorzuheben, daß gerade auch in Tübingen das kulturelle Leben in den letzten Jahren, auch im Jahr 1951, geblüht hat und daß eine große Zahl ausgezeichneter künstlerischer Leistungen geboten worden ist.

3. Erfreulicherweise konnte auch die Museumsgesellschaft im Jahr 1951 ihre Tradition wieder aufnehmen, einige wertvolle künstlerische Veranstaltungen auf eigene Verantwortung zu übernehmen und sie mit namhaften Zuschüssen zu fördern.

Auf Ende des Jahres 1951 bot sich endlich die Möglichkeit, als letztes der städt. Ämter auch das Wohnungsamt aus dem Gebäude der Museumsgesellschaft herauszunehmen. Im Zusammenhang damit kann nun in diesen Tagen die Museumsgesellschaft ihren Lese- und ihre Bücherei wieder eröffnen; außerdem wird im Museum noch eine amerikanische Bücherstube untergebracht, die der einheimischen Bevölkerung und den Studenten unentgeltlich vielfache Gelegenheit zur Lektüre von Büchern und Zeitschriften des internationalen Schrifttums bieten.

4. Die „Stadtgarde zu Pferd“ und die „Jungen Pauper“ sind um die Weihnachtszeit in althergebrachter Tradition wiedererstanden. Für die städt. Arbeiten wirbt neuerdings ein Schaukasten am Museum mit monatlich wechselnden Ausstellungsobjekten.

5. In früheren Zeiten waren für Tübingen kennzeichnend die Stiftungsfeste der Verbindungen, zu denen die Alten Herren von weither zusammengeströmt sind. Nach dem Wiederaufleben der Verbindungen hat im Jahr 1951 noch etwas schüchtern auch dieser akademische Brauch der Verbindungsfeste wieder eingesetzt. Wir möchten wünschen, daß die Alten Herren der Tübinger Verbindungen wieder in vermehrtem Umfang hierher kommen. Das unzerstörte und in seinen wesentlichen Teilen unveränderte alte Tübingen mit seiner schönen Umgebung wird heute mehr denn je seine Anziehungskraft ausüben. Hierfür soll das schöne mehrfarbige Faltblatt von Tübingen im Frühjahr 1952 verstärkt werben.

6. Eine erfreuliche Entwicklung nimmt die Stadt Tübingen als Tagungsort wissenschaftlicher Kongresse. Wir hatten dieses Jahr im besonderen eine deutsche Apothekertagung zu begrüßen, ferner eine Tierärztagung und einen Germanisten-Lehrgang. In der Universitätsbibliothek wurde eine Reihe von künstlerischen Ausstellungen durchgeführt. Der beschränkte Raum wirft immer wieder die Frage nach der Schaffung geeigneter größerer Räume für kulturelle und wirtschaftliche Ausstellungen in Tübingen auf. Vielleicht lassen sich auch hier Mäzene aus Bürgerkreisen finden, die tatkräftig dieses Problem mit anfassen.

7. Unsere Stadtbücherei verfügt heute über einen Bestand von 6500 Büchern, eine Zahl, die trotz der notwendig gewordenen Aussonderung überalterter und volksbildnerisch überholter Bücher aufrechterhalten

werden konnte, weil 650 Bücher aus allen Gebieten der gediegenen Unterhaltungs- und Bildungsliteratur neu angeschafft wurden. Die Leserschaft beläuft sich zurzeit auf über 600, die als regelmäßige und aktive Leser ihr Interesse am guten Buch bekunden. Die Entwicklung der soziologischen Gliederung der Leserschaft zeigt einen Rückgang des Anteils der Hausfrauen und eine Steigerung des Anteils der erwerbstätigen weiblichen Leser sowie der akademischen Berufe und der Lehrerschaft. Leider ist es bisher nicht gelungen, eine stärkere Beteiligung der Handarbeiter zu erreichen: sie trägt wenig mehr als 1 v. H.

Entlehnungen erfolgten über 13 400 Bücher im Jahr. 153 Leser wurden neu gewonnen, fast ausschließlich auf Grund der qualifizierten Neuanschaffungen in- und ausländischer Autoren.

Die Verdoppelung der Öffnungszeiten für den Leihverkehr wurde von der Leserschaft freudig begrüßt; sie sicherte ebenso eine weitere Steigerung des Bücherumlaufs wie eine glatte Abwicklung und qualifizierte Beratung des einzelnen Lesers.

8. Einen interessanten und im ganzen erfolgreichen Versuch, eine Verbindung zwischen den Künstlern und der Bevölkerung herbeizuführen, stellt die „Woche des offenen Ateliers“ dar. In der letzten Juniwoche hatten die Tübinger Künstlerinnen und Künstler ihre Ateliers für das Publikum geöffnet. Auch der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben die Ateliers besucht und dadurch einen Überblick über das derzeitige Schaffen der Tübinger Künstler gewonnen. Im Interesse der Förderung der Kunst und der Künstler hat die Stadt im Laufe des Jahres eine Reihe von Gemälden, Radierungen und dergleichen erworben. Der Kunstmaler Biese wurde beauftragt, in dem neu hergerichteten Trauzimmer im Rathaus ein Bildwerk, bestehend aus 6 Tafeln, zu schaffen.

9. Nachdem es in den letzten Jahren gelungen ist, das städt. Archiv in eine gewisse Ordnung zu bringen, hat sich das Kulturreferat im Jahr 1951 vor allem darum bemüht, die der Stadt zur Verfügung stehenden Bestände für ein Heimatmuseum zusammenzufassen, zu ordnen und herzurichten. Vor allem ist die Schmidgallsche Sammlung von „Studentica“ in Zusammenarbeit mit Herrn Schmidgall selbst neu aufgenommen worden. Ende des Jahres 1951 hat das Kulturreferat als erste Probe aus seinen Beständen im Rathaus eine kleine Ausstellung über den Tübinger Weinbau veranstaltet. Dagegen war es bisher noch nicht möglich, geeignete Räume für ein Heimatmuseum zu beschaffen. Auch das Hölderlinhaus konnte noch nicht freigegeben und über das bestehende Hölderlinzimmer hinaus der Hölderlin-Ehrung und Hölderlin-Forschung zugeführt werden.

D. Stadtwerke

Hand in Hand mit der baulichen Entwicklung der Stadt mußte auch die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung ausgebaut werden.

I. Elektrizitätsversorgung

Auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung haben die Stadtwerke in den Jahren 1950/51 die Schalt- und Umspannanlage für den Strombezug von der EVS erweitert. Sie haben ferner leistungsfähige Kabel zur Verbindung der Übernahmestelle in der Rappenberghalde mit der Zentrale in der Nonnengasse, mit dem Neckarkraftwerk sowie mit der Universität und den Max-Planck-Instituten geschaffen.

Die Stadtwerke stehen nun vor der Aufgabe, die in der Innenstadt vorhandene Gleichstromversorgung vollends auf Drehstrom umzustellen und bei dieser Gelegenheit das Versorgungsnetz zu verstärken.

Das Drehstromniederspannungsnetz ist von 1945 bis 1951 von 57 km auf 90 km, mithin um 58 Prozent vergrößert worden.

Im Jahre 1951 ist nach Durchführung eines Wettbewerbs und eingehender Beratung vom Gemeinderat der Beschluß gefaßt worden, im Komplex an der Nonnengasse ein neues leistungsfähiges Umspannwerk zu erstellen und in diesem Bau auch Raum für eine Anzahl von Lagern und Werkstätten zu schaffen. Dieses große Bauvorhaben ist im November 1951 in Angriff genommen worden.

Da das Jahr 1951 verhältnismäßig regenreich war, so haben die beiden Neckarkraftwerke eine erhebliche Strommenge abgegeben, und es ist zu hoffen, daß dadurch der Abschluß der Stadtwerke für 1951 günstig gestaltet wird.

Der Stromumsatz hat sich wie folgt entwickelt:

1938	8,5 Mill. kWh
1944	11 Mill. kWh
1945	11 Mill. kWh
1948	15 Mill. kWh
1950	19,5 Mill. kWh
1951	22,7 Mill. kWh

Die Steigerung von 1951 gegenüber 1938 beträgt 167 Prozent.

Die Steigerung von 1951 gegenüber 1950 beträgt 16,5 Prozent.

II. Gasversorgung

Auf dem Gebiet der Gasversorgung ist Tübingen seit Dezember 1948 reines Verteilungsunternehmen. Trotzdem haben naturgemäß die Stadtwerke auch auf dem Gebiet der Gasversorgung ständig umfangreiche Aufgaben zu

erfüllen. Einmal ist es notwendig, das Gasversorgungsnetz in seinen großen Zusammenhängen leistungsfähiger zu machen. In den letzten drei Jahren wurde das Gasmitteldrucknetz um 1,8 km erweitert. Das Niederdruckverteilungsnetz wurde von 1945 bis 1951 von 62,6 km auf 72,1 km, mithin um 15 Prozent erweitert.

Da unser Lieferwerk, das Gaswerk in Reutlingen, mit Rücksicht auf die Kohlenpreissteigerung seine Preise ab Juni 1951 erhöht hat, so mußte auch in Tübingen der Gaspreis von der Juniabrechnung 1951 ab um 2 Pfg. pro cbm auf nunmehr 24 Pfg./cbm erhöht werden.

Der Abschluß des Gaslieferungsvertrags mit Reutlingen ist mit Rücksicht auf seine Bedeutung der Beschlußfassung des neuen Gemeinderats vorbehalten worden.

Der Gasumsatz hat sich wie folgt entwickelt:

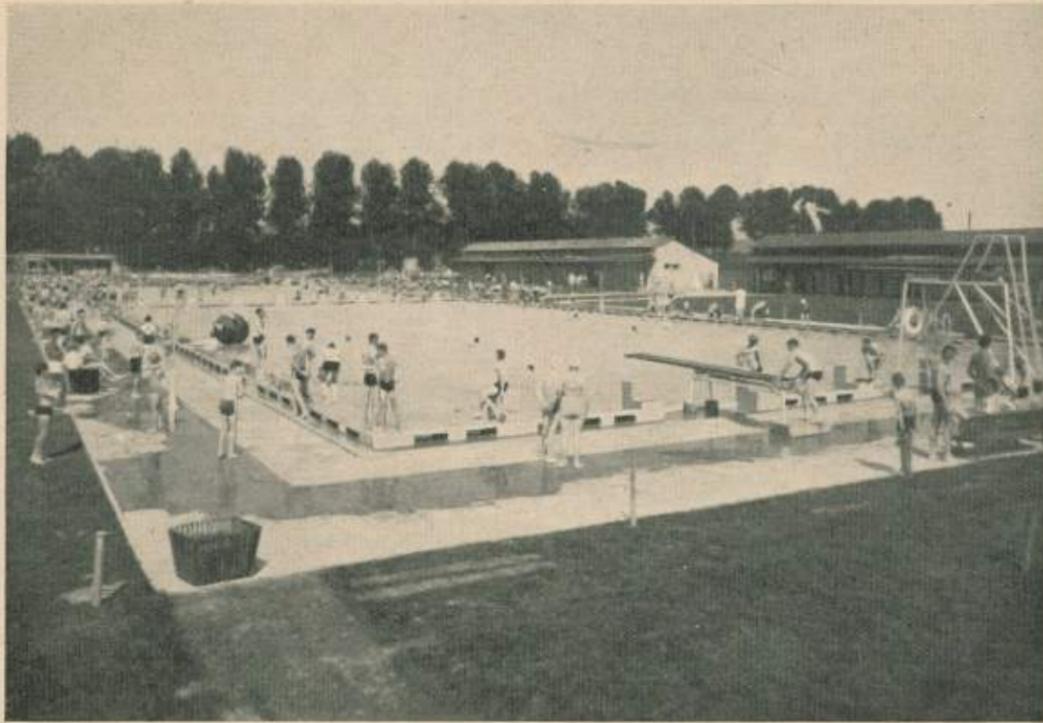
1938	2,55 Mill. cbm
1944	4,3 Mill. cbm
1945	1,2 Mill. cbm
1948	4,0 Mill. cbm
1950	5,3 Mill. cbm
1951	5,46 Mill. cbm

Die Steigerung von 1951 gegenüber 1938 beträgt 114 Prozent.

Die Steigerung von 1951 gegenüber 1950 beträgt 3 Prozent.

III. Wasserversorgung

Auf dem Gebiet der Wasserversorgung war die ständige Sorge der Stadtwerke darauf gerichtet, die Wassergewinnungsanlagen von schädlichen Einwirkungen freizuhalten. Da sich der Lindenbrunnen, der Wildermuthbrunnen und die Brunnen in der Au in unmittelbarer Nähe des bebauten Gebietes befinden, so läßt sich leider eine Chlorung des Wassers auf die Dauer nicht vermeiden. Zur Verstärkung der Wasserförderung wurden in der Wassergewinnungsanlage im Großholz gegen Ende des Jahres 1951 zwei neue Brunnen erbohrt. Die im Jahr 1949/50 erbaute 2900 m lange Hauptspeiseleitung vom Großholz zur Au hat sich bewährt. Es konnte dadurch eine größere Wassermenge vom Großholz in das Leitungsnetz gefördert und die Brunnen in der Au entlastet werden. Im Anschluß an die genannte Leitung ist im Jahr 1951 eine 2000 m lange Leitung von 350 mm lichter Weite quer zum Neckartal mit Unterdükerung des Neckars bei der Umgehungsstraße bis zur Sofienpflege hin in Bau genommen worden. Diese soll Fortsetzungen erhalten, einmal durch die Wilhelmstraße stadteinwärts und zum andern zu einem neuen Hochbehälter, der auf dem Sand zu errichten ist.



Freibad. (Foto: Gebr. Metz.)

Von 1945 bis 1951 wurde das Rohrnetz der Wasserversorgung insgesamt von 73 km auf 85,5 km, mithin um 17 Prozent, erweitert.

Im Jahre 1951 hat der Hochbehälter auf der Eberhardshöhe eine zweite Kammer erhalten; sein Inhalt ist dadurch von 480 cbm auf 960 cbm erhöht worden. Dadurch ist die Wasserversorgung auf der Waldhäuser Höhe wesentlich verbessert worden.

Der Wasserverbrauch hat sich wie folgt entwickelt:

1938	1,22 Mill. cbm
1944	1,67 Mill. cbm
1945	2,0 Mill. cbm
1948	2,37 Mill. cbm
1950	2,38 Mill. cbm
1951	2,29 Mill. cbm

Die Steigerung von 1951 gegenüber 1938 beträgt 88 Prozent.

Die Minderung von 1951 gegenüber 1950 beträgt 4 Prozent.

Der verhältnismäßig schwache Absatz des Jahres 1951 ist eine Auswirkung der stärkeren Niederschläge dieses Jahres. Auf längere Sicht gesehen ist für Tübingen wie für andere Städte im Innern von Württemberg der Anschluß an eine Fernwasserversorgung anzustreben. Die Stadt Tübingen hat sich deshalb im Jahre 1951 an den Lasten der Planungsarbeiten der Studienkommission für

Wasserversorgung des Württ.-Bad. Städteverbandes mit einem namhaften Betrag beteiligt.

IV. Straßenbeleuchtung

Im städt. Haushaltsplan 1951 wurde zum erstenmal seit der Währungsreform ein großer Betrag für die Verbesserung der Straßenbeleuchtung eingesetzt. Infolge der Überlastung des Personals der Stadtwerke, vor allem mit den Anschlüssen neuer Wohngebäude, wird dieser Betrag größtenteils erst im Jahr 1952 verwertet werden können. Neben der erstmaligen Herstellung von Beleuchtungsanlagen in neugebauten Straßen ist vor allem eine Umstellung der Beleuchtung in dem Zug Karlstraße—Eberhardsbrücke—Mühlstraße—Wilhelmstraße auf Neonröhren vorgesehen. Es zeigt sich, daß diese Neonröhren bei etwa gleichem Stromverbrauch wie die vorhandene Beleuchtung ein viel intensiveres und gleichmäßigeres Licht ausstrahlen und damit für die Fußgänger wie für die Kraftfahrer wesentlich günstiger sind.

V. Bäderwesen

1. Ab 1. Januar 1951 ist die Verwaltung des Umlandbades den Stadtwerken übertragen worden. Zur Modernisierung des Umlandbades, insbesondere zur Einrichtung neuer und

zur Verbesserung der bestehenden Brausebäder mußten im Jahr 1951 nochmals 38 000 DM aufgewendet werden. Die durchgreifende Erneuerung des Umlandbades hat sich durchaus bewährt und wirkt sich in einer gesteigerten Besucherzahl aus.

Im Jahr 1951 wurden 146 302 Bäder abgegeben, gegenüber 129 600 im Jahr 1950 und 115 594 im Jahr 1949.

2. Auch das neugeschaffene Freibad ist von seiner Fertigstellung an in die Verwaltung der Stadtwerke gegeben worden. Die Wirtschaftlichkeit des Freibades wird sich erst in einigen Jahren überblicken lassen. Sie wird maßgeblich von der Entwicklung der Wetterverhältnisse während der Badesaison abhängig sein. Die Besucherzahl betrug über 110 000 Badegäste. (Abb. S. 18.)

E. Sonstige städtische Betriebe

I. Betriebe des Tiefbauamts

1. Die dem Städt. Tiefbauamt angegliederten Betriebe des Fuhrparks, des Reinigungswesens und der Stadtentwässerung nebst Kläranlage haben auch im vergangenen Jahr ihre umfangreichen Aufgaben technisch einwandfrei erfüllt. Da jedoch die Gebührensätze immer noch nicht der Teuerung und den damit gesteigerten Aufwendungen angepaßt worden sind, so stellen diese Betriebe weiterhin eine erhebliche finanzielle Belastung der Stadt dar. Die Anschaffung einer großen modernen Kehrmachine mußte zugunsten der Aufwendungen für die Beseitigung der Unwetterschäden zurückgestellt werden.

2. Im Steinbruch in Reusten muß das baufällig gewordene Schotterwerk mit einem Aufwand von 37 500.— DM erneuert werden. Die Arbeiten an dem Neubau sind im Gang.

II. Feuerwehr

Auf dem Gebiet der Feuerwehr ist ab 1. April 1951 eine wesentliche organisatorische Veränderung eingetreten. Die Stadt Tübingen bleibt zwar Mitglied des Kreisfeuerlöschverbandes und trägt an dessen allgemeinem Aufwand mit einem namhaften Betrag bei. Dagegen ist die Stadt Tübingen nun wieder selbst Träger der motorisierten Feuerwehr und bestreitet deren Aufwand allein.

Im Laufe des Jahres 1951 mußte das modernste Leiteraggregat, das unserer Feuerwehr nach dem Zusammenbruch von der Besatzungsmacht zugeteilt worden war, an die nunmehr ermittelte frühere Eigentümerin, die Berufsfeuerwehr Mannheim, zurückgegeben werden. Auf das der Stadt verbleibende Fahrzeug wurde ein älteres, aber noch durchaus leistungsfähiges Leiteraggregat montiert. Ein älteres Löschfahrzeug wurde durch Umbau modernisiert und damit wieder einsatzfähig gemacht. Dem Löschzug Derendingen konnte an Stelle eines abgängigen Schleppwagens ein leistungsfähiges Mannschafts- und Schleppfahrzeug zur Verfügung gestellt werden. Einen schweren Verlust für diesen Löschzug bedeu-

tete das Ableben des langjährigen Löschzugführers Karl Ambacher.

An Feuerwehreinsätzen sind 1951 zu verzeichnen:

21	Brandfälle,
27	Hilfeleistungen und Verkehrsunfälle,
8	falsche und böswillige Alarme,
113	Übungen und Brandwachen,
59	Sonntagsbereitschaftswachen.

III. Stadttierarzt

1. Das städt. Fleischbeschauamt hat im Jahr 1951 bei insgesamt 13 489 Stück Schlachtvieh die Schlachtvieh- und Fleischbeschau durchgeführt. Die Schlachtungen haben gegenüber dem Vorjahr (12 562) um weitere 7,4 Prozent zugenommen und im Vergleich zum Jahr 1938 den Vorkriegsstand um rund 1000 Schlachtungen überschritten. Außerdem wurde bei 7068 Schweinen und 155 Wildschweinen die Trichinenschau vorgenommen. Interessanterweise wurden bei einem Wildschwein Trichinen festgestellt.

2. Durch Schlachtvieheinfuhren aus Schleswig-Holstein wurde im Oktober dreimal Maul- und Klauenseuche in den Schlachthof Tübingen eingeschleppt. Mit Hilfe der eingeleiteten veterinärpolizeilichen Maßnahmen und der sofortigen Abschachtung der Viehtransporte konnte die Seuche jeweils im Keime erstickt und der normale Schlachtbetrieb aufrechterhalten werden.

Nach Erlöschen der im Stadtbezirk Tübingen und im Vorort Lustnau herrschenden Maul- und Klauenseuche im Januar 1951 ist die Maul- und Klauenseuche aus den Kreisen Böblingen, Horb und Hechingen im Laufe des Jahres wiederholt in den Kreis Tübingen eingebrochen und ist am 4. Dezember 1951 auch im Vorort Derendingen ausgebrochen.

3. Die seit Anfang des Jahres im Weiler Waldhausen, auf dem Berghof und im Vorort Lustnau in den Rinderbeständen bestehende Trichomonadenseuche konnte durch Reihenuntersuchungen und Reihenbehandlungen in Zusammenarbeit mit dem tierärzt-

lichen Untersuchungsamt Tübingen getilgt werden. Als Seuchenmaßnahme wurden im Weiler Waldhausen, auf dem Berghof und im Vorort Lustnau die Farrenhaltungen eingestellt und die künstliche Besamung eingeführt.

4. Im Rahmen der tierärztlichen Lebensmittelüberwachung wurden im Jahr 1951 im Stadtbezirk Tübingen 323 Besichtigungen oder Lebensmittelkontrollen durchgeführt.

IV. Land- und Forstwirtschaft

1. Der stadteigene Landwirtschaftsbetrieb wurde wegen Unwirtschaftlichkeit weitestgehend eingeschränkt. Die bisher von der Stadt selbst bewirtschafteten Grundstücke wurden verpachtet. Die verbliebenen Allmandarbeiter wurden dem Tiefbauamt zur Verfügung gestellt.

2. Die städt. Waldbestände zeigen im ganzen ein erfreuliches Bild. Davon hat sich auch der Gemeinderat bei einem Waldumgang überzeugt. Zum Ausgleich der Übernutzung der Wälder in der Kriegs- und Nachkriegszeit muß die Holznutzung nach dem Waldwirtschaftsplan beschränkt werden. Dadurch wird natürlich auch der finanzielle Ertrag reduziert.

Der Holzeinschlag 1951 betrug 3207 fm; davon entfallen 1363 fm auf Laubholz und 1844 fm auf Nadelholz. Eine Überschreitung des Nutzungssolls von 3320 fm ist somit nicht eingetreten. Die Kultur- und Wegeunterhaltungsarbeiten wurden planmäßig vorgenommen.

Kaum daß der Borkenkäfer, der die Nadel-

hölzer vernichtet hat, einigermaßen eingedämmt ist, hat sich als neuer gefährlicher Schädling der Buchenprachtkäfer gezeigt, der ähnliche Verwüstungen an den Buchenbeständen anrichtet. Es ist zu hoffen, daß die feuchte Witterung des vergangenen Sommers die Buchenbestände in ihrer Abwehrkraft gegenüber diesem Schädling wesentlich bestärkt hat. Wie bei der Bekämpfung des Borkenkäfers wird es vor allem darauf ankommen, daß das Forstpersonal dort, wo dieser Schädling auftritt, rasch zugreift und damit seine weitere Verbreitung unterbindet.

V. Friedhöfe

In diesem Zusammenhang ist auch das Friedhofswesen zu erwähnen. Der im Jahr 1950 eröffnete Bergfriedhof ist im abgelaufenen Jahr schon in erheblichem Maße belegt worden. Es war daher notwendig, die gärtnerische Gestaltung der Grabstellen und vor allem die Gestaltung der Grabmäler zu regeln. Aus diesem Anlaß ist für die Gesamtheit der Tübinger Friedhöfe, jedoch mit einigen Sonderbestimmungen für den Bergfriedhof, eine Grabmalordnung aufgestellt und vom Gemeinderat beschlossen worden. Um den Hinterbliebenen an einigen guten Beispielen zu zeigen, welche Gestaltung der Grabmäler und der gärtnerischen Ausschmückung im Interesse des Gesamtbildes der Friedhöfe erwünscht ist, hat die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit Bildhauern und Gärtnern einige Mustergräber auf dem Bergfriedhof geschaffen.

F. Verwaltungsämter

Im Gegensatz zu den technischen Ämtern, deren Arbeit jedem Bürger auf Schritt und Tritt begegnet, steht die Arbeit der Verwaltungsämter, die sich in aller Stille vollzieht und nach außen kaum in Erscheinung tritt. Sie ist aber trotzdem für das Funktionieren und für die Ordnung der Verwaltung, für den Eingang und die Sicherung der städt. Mittel und nicht zuletzt auch für das Wohl der Bürgerschaft von maßgeblicher Bedeutung.

I. Hauptamt mit Wahlamt

1. Aus dem Bereich des Hauptamtes hebe ich den Sonderauftrag der Verwaltung der Bauförderungsmittel hervor. Seit der Währungsreform sind vom Hauptamt insgesamt Bauförderungsmittel im Betrag von 5 946 000 DM betreut worden, über die der Verteilungsausschuß beschlossen hat. Im Jahr 1951 waren es allein 1 813 500 DM. Dabei ob-

liegt dem Hauptamt neben der Vorbereitung und Durchführung der Verteilung dieser Mittel vor allem auch die Sorge für die grundbuchmäßige Sicherstellung und für die oft überaus schwierige Ordnung der Rangverhältnisse der Grundstücksbelastungen. Im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung hat die Stadt im Jahr 1951 gegenüber der Landeskreditanstalt Bürgschaften im Betrag von 1 713 500 DM übernommen (im Vorjahr: 2 050 000 DM).

2. Die große Zahl und der Umfang der Sitzungen des Gemeinderats, seiner Abteilungen und Ausschüsse haben auch im vergangenen Jahr die der Ratschreiberei obliegende Niederschriftsführung zu einer umfangreichen Arbeit anwachsen lassen.

3. Eine starke Inanspruchnahme des Wahlamts ergab sich dadurch, daß neben der turnusmäßig fälligen Gemeinderats- und Kreistagswahl vom 18. November 1951 auch die beiden Volksabstimmungen über die Neugliederung

und über die Verlängerung des Landtags am 9. Dezember 1951 durchzuführen waren. Dabei darf nicht vergessen werden, daß sowohl für die Abstimmung über die Landtagsverlängerung wie für die Abstimmung über die Neugliederung die Abstimmungsvorbereitungen schon einmal zu einem früheren Termin getroffen und gewissermaßen in letzter Stunde wieder abgeblasen werden mußten.

II. Rechtsamt

1. Das Rechtsamt steht neben den umfangreichen laufenden Aufgaben der Personenstandsbeurkundungen vor der besonderen Aufgabe, die Heimatvertriebenen in das hiesige Familienregister aufzunehmen und bei dieser Gelegenheit von etwa 800 Familien deren Personenstandsverhältnisse wieder klarzustellen. Das ist eine sehr mühsame Aufgabe, weil die Heimatvertriebenen größtenteils keine zureichenden Unterlagen besitzen und weil aus den früheren deutschen Gebieten im Osten nur wenig amtliches, meist fremdsprachliches Urkundenmaterial zu erhalten ist. Erfreulich ist, daß die grundsätzliche Einrichtung des Württ. Familienregisters auch im größeren Rahmen des Bundes immer mehr Anklang findet.

2. Von 48 Sühneanträgen wurden 60 Prozent erfolgreich beendet.

III. Amt für öffentliche Ordnung

Das Amt für öffentliche Ordnung war im vergangenen Jahr neben seinen vielfachen laufenden Aufgaben vor allem auch mit den schwierigen Fragen der Verkehrsregelung befaßt.

Ab 1. Januar 1952 gehen auf Grund von Art. 11 der Kreisordnung und auf Grund der Ver-

G. Stadtteile Lustnau und Derendingen

1. Allgemeines

Beide Ortsausschüsse haben auch im Berichtsjahr sich wiederum als wichtiges Bindeglied zwischen Bevölkerung und Verwaltung erwiesen. Die Zusammenarbeit zwischen den Ortsausschüssen und der Stadtverwaltung war stets reibungslos.

Die Teilung der Geschäftsstellen Lustnau und Derendingen hat sich im Jahr 1951 bewährt. Der kommiss. Geschäftsstellenleiter von Derendingen, Schäberle, konnte sich während seiner Probezeit so bewähren, daß der Gemeinderat auf Vorschlag des Ortsausschus-

s des Innenministeriums vom 31. Oktober 1951 zahlreiche Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde, also des Landratsamts, auf die Stadt Tübingen als unmittelbare Kreisstadt über. Vor allem hat die Stadt nun selbst zu entscheiden und nicht mehr nur Anträge an das Landratsamt zu stellen mit Bezug auf die Durchführung der Straßenverkehrsordnung (Anordnung von Einbahnstraßen, Parkverboten, Halteverboten, Anbringung von Straßenverkehrszeichen), Gaststätten-Konzessionen, Einzelhandels-Genehmigungen, Ausstellung von Reisepässen, Wandergewerbescheinen und Gewerbelegitimationskarten, ferner auf dem Gebiet des Ausländerwesens.

Da die Stadtverwaltung auf diesen Gebieten künftig auch die Strafanzeigen zu bearbeiten hat, die gerade bei den Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung sehr zahlreich sind, so erwächst damit der Stadt eine beträchtliche Arbeitsbelastung. Dazu kommt eine große Zahl von Aufgaben, die seltener anfallen, die aber um so mehr Sach- und Rechtskunde sowie sorgfältige Bearbeitung erfordern.

IV. Bauratschreiberei

Die im Jahr 1950 neu eingerichtete Bauratschreiberei hat im Jahr 1951 wichtige Unterlagen für ihre Arbeit geschaffen und sich in der Festsetzung und Anforderung der Anliegerleistungen, Dolenbeiträge und Schwemmkanalgebühren bewährt. Es wird aber noch längere Zeit erfordern, bis durch die Zusammenarbeit der Stadtplanungsabteilung, des Stadtmessungsamts und des Tiefbauamts alle erforderlichen Unterlagen an rechtsgültigen Stadtbauplänen, an Meßurkunden sowie an Abrechnungen über die Straßenbaukosten geschaffen sein werden, um die Anliegerleistungen und Dolenbeiträge für alle Neubauten unverzüglich und endgültig berechnen und einziehen zu können.

ses Derendingen seine Übernahme in das Beamtenverhältnis als städt. Inspektor zum 1. Juli 1951 einstimmig beschlossen hat. Die Geschäfte in Lustnau verliefen ohne besondere Vorkommnisse.

2. Ortsausschuß Lustnau

Der Ausschuß hat in insgesamt 30 Sitzungen (i. V. 26) über 332 (i. V. 407) Gegenstände beraten und führte 15 (i. V. 10) Lokaltermine durch. Die meisten Fälle waren wiederum Wohnungsfragen. Auf Grund der besonderen lokalen Kenntnisse konnte viel erfolgreiche

Arbeit geleistet werden. Die Wünsche wegen Verbesserung der Wegeverhältnisse bei der Frottierweberei Lustnau sollen im neuen Jahr umgehend berücksichtigt werden.

3. Geschäftsstelle Lustnau

a) Durch Vermittlung von Lustnau konnte die Stadt 3,18 ha Grundstücke käuflich erwerben. 59 a wurden für Bauzwecke abgegeben. Das Interesse für städt. Pachtgelände ist stark rückläufig. Obstertrag 2051 (i. V. 4126) DM.

b) Standesamt

	Geburten	Eheschließ.	Todesfälle
Eingetragen wurden	18 (22)	56 (55)	38 (27)
Dazu Klinikfälle	61 (31)	—	17 (12)
zus.	79 (54)	56 (55)	55 (39)

Lustnau zählt zurzeit 5136 Einwohner (im Jahr 1918 2667).

c) Ortsbehörde für Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Aufgerechnete und neue Quit- tungskarten	450 (i. V. 348)
Rentenansprüche	30 (i. V. 23)
Unfalluntersuchungen	23 (i. V. 26)
Zahl der Sozialrentner	525 (i. V. 449)

d) Wohnraumbewirtschaftung

Zahl der Wohnungsuchenden	153 (i. V. 109)
Zugeteilte Wohnungen	70 (i. V. 62)

Wohnraummangel und fehlendes Baugelände sind für 1951 charakteristisch. Gewisse Entlastung für Heimatvertriebene bringt die Bebauung auf dem Sand. Neues Wohnbaugelände soll zwischen Umgehungsstraße und Ammer-einmündung erschlossen werden.

e) Landwirtschaft

Die Trichomonadenseuche führte zur Einstellung der Farrenhaltung für ein Jahr.

f) Bauarbeiten von Lustnau

Walzung folgender Straßen: Eichhalden-, Harpprecht- und Anna-Bosch-Straße

Oberflächenteerung: Daimlerstraße, Kirchplatz

Kanalisation: Tiefbaugelände Aule, Linsen-bergstraße, Wilhelmstraße b. Kass.-Ärztl. Vereinigung und Sand

Erneuerung von Feldwegen mit Kosten-
aufwand von 30 000 DM

g) Besondere Ereignisse

Einweihung eines Kriegerdenkmals am 17. Juni 1951

Erweiterungsbauten von Frottierweberei und
und der Firma Braun & Kemmler

Siedlungsbau auf dem Sand (Abb. S. 14.)

Sportplatzbau des Turn- und Sportvereins
Lustnau

Abschluß der Feldbereinigung „Unteres Nek-
kartal“ über 541 ha ((früher 1880, jetzt 1000
Flurstücke mit 550 Eigentümern)

Wahlen am 18. 11. und 9. 12. 1951

4. Ortsausschuß Derendingen

Der Ortsausschuß hat in 20 (i. V. 24) Sitzun-
gen über 197 (i. V. 188) Gegenstände beraten.
Themata ähnlich wie in Lustnau, Ortsbesich-
tigungen 3 (i. V. 7). Es sind Anträge auf Be-
reitstellung von Bauland an der Steinlach und
die Beteiligung Derendingens bei den Ber-
atungen der Inneren und Techn. Abteilung ge-
stellt.

5. Geschäftsstelle Derendingen

a) Der Publikumsverkehr war sehr rege. Die
Betreuung der Bevölkerung geschah rei-
bungslos.

b) Standesamt

	Geburten	Eheschließ.	Todesfälle
Eingetragen wurden	15 (5)	28 (22)	16 (12)
dazu Klinikfälle	28	—	7
zus.	43 (32)	28 (22)	23 (14)

c) Ortsbehörde für Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Aufgerechnete und neue Quit- tungskarten	429 (i. V. 340) Fälle
Unfalluntersuchungen	10 (i. V. 10) Fälle
Rentenansprüche	17 (i. V. 10) Fälle
Zahl der Sozialrentner	188 (i. V. 168) Fälle

d) Wohnraumbewirtschaftung

Zahl der Wohnungsuchenden	75 (i. V. 67)
Zugeteilte Wohnungen	30 (i. V. 27)

Leider ist die Bautätigkeit in Derendingen
sehr gering. Mangel an Baugelände ist mit
eine der Ursachen.

e) Landwirtschaft

Sechs Fälle von Maul- und Klauenseuche
sind im Jahr 1951 festgestellt worden.

2 ha Land konnten als Bauland für die Stadt
käuflich erworben werden.

f) Verwaltungsmaßnahmen und Bauarbeiten in Derendingen

Fertigstellung der Mörikeschule am 17. Nov.
1951 (Abb. S. 8.)

Instandsetzung der Weinberg-, Kappel- und
Sieben-Höfe-Straße

Kanalisation der Heinenstraße

Umfangreiche Kartoffelkäferbekämpfung

Tierärztliche Maßnahmen gegen Maul- und
Klauenseuche

Ortsbauplanung für die Kreuzung Stuttgarter
und Hechinger Straße

g) Besondere Ereignisse in Deren- dingen

Feierliche Einweihung der Mörikeschule am 17.
November 1951 (Abb. S. 8.)

Lehrer Bauschert verstorben

Wahlen am 18. November und 9. Dezember 1951
Zulassung von zwei Ärzten

Schülerausstellung

Werbeveranstaltung des Turn- und Raddfahr-
vereins Derendingen zugunsten des städt.
Freibads .

H. Personalwesen

Die personelle Stärke und Gliederung einer
Gemeindeverwaltung ist immer von beson-
derem öffentlichen Interesse.

1. Hierzu vorab folgende Angaben:

a) Betrug am 1. Dezember 1950 der Per-
sonalbestand unserer städt. Verwaltung
einschl. der Stadtwerke noch 581 Beamte, An-
gestellte und Arbeiter, so waren am 1. De-
zember 1951 nur noch 540 Personen, also 41
oder 7,6 Prozent weniger, in städt. Diensten.

b) Ergab sich im Rechnungsjahr 1950 ein
Personalaufwand für die Verwaltung
ohne Stadtwerke von rund 1870 000 DM, gleich
27,3 Prozent der Gesamthaushaltssumme von
1950, so wird dieser Aufwand im Rechnungs-
jahr 1951 etwas über 2 Millionen DM, also
rund 200 000 DM mehr betragen. Im Hinblick
auf die starke Erhöhung des Haushaltsvolu-
mens im Rechnungsjahr 1951 macht diese nur
etwa 22 Prozent der Ausgaben des ordent-
lichen Haushalts aus. Das sind etwa 5 Pro-
zent weniger als im Vorjahr.

c) Auf Grund der Übernahme mehrerer
städt. Angestellter in das Beamtenverhältnis
hat sich die Zahl der Beamten von 65 auf
71 erhöht. Andererseits hat sich die Zahl
der Angestellten von 228 auf 219, die Zahl
der Arbeiter von 288 auf 250 gesenkt.
Die Verringerung bei den Angestellten resul-
tiert im wesentlichen aus einem Personalabau
beim Wohnungsamt und der vorerwähnten
Übernahme ins Beamtenverhältnis; bei den
Arbeitern stehen dem Ausscheiden von 66
Kräften nur 28 Neueinstellungen gegenüber.

d) Der Anteil der Schwerbeschädig-
ten ist 16,3 Prozent, der der Heimatvertriebe-
nen 3,9 Prozent, der nach Art. 131 Grund-
gesetz aufzunehmenden verdrängten Beam-
ten oder Angestellten 2,9 Prozent, zusammen
in diesen Gruppen also über 22 Prozent
des Gesamtpersonalbestandes.

e) Verstorben sind 2 Beamte, Stadtober-
inspektor Kassenverwalter Karl Koch und
Stadtobersekretär Friedrich Schmid, sowie die
Angestellten Blum und Lohmüller; in den
Ruhestand traten 2 Beamte und 5 Angestellte.

f) Durch die Kündigung der Tarif-
verträge für Angestellte und Arbeiter des
öffentl. Dienstes durch die Gewerkschaft und

die Forderung auf Erhöhung der Bezüge um
10 Prozent ist eine etwaige Steigerung des
veranschlagten Personaletats von den kom-
menden Verhandlungen abhängig.

g) Für die Arbeiter wurde nach dem
Vorbild für Beamte und Angestellte ebenfalls
ein Stellenplan ausgearbeitet. Die Ruhe-
lohnordnung hat sich weiterhin bewährt.
Durch eine Neufassung der Ruheohnordnung
sind auf Grund der Erfahrungen einzelne Un-
ebenheiten ausgeglichen und im Hinblick auf
die Steigerung der Lebenshaltungskosten die
Ruhelöhne erheblich erhöht worden. Gegen-
wärtig erhalten 38 ehemalige städt. Ange-
stellte und Arbeiter und 21 Witwen von sol-
chen einen Ruheohn.

h) Für die Vertretung des städt.
Personals gilt seit 10. April 1951 das „Ge-
setz über Bildung von Personalvertretungen in
der öffentl. Verwaltung“. Auf die Dauer von
2 Jahren wurden für die Stadtverwal-
tung gewählt: 4 Angestellte, 3 Arbeiter und
1 Beamter. Vorsitzender ist der Angestellte
Richard Fischer. Bei den Stadtwerken
wurde auf Grund des Betriebsrätegesetzes vom
21. Mai 1949 am 15. Mai 1951 ein neuer Be-
triebsrat gewählt. Vorsitzender ist der Maschi-
nist Alfred Waiblinger.

2. Im übrigen ist folgendes zu berichten:

Im Verhältnis zum Wachstum unserer Be-
völkerung um über 30 Prozent seit 1939 und
den gesteigerten Aufgaben der Verwaltung,
insbesondere auf dem Baugebiet seit der Wäh-
rungsreform, ist der Personalbestand der Stadt
zurückgeblieben. Auch hat sich eine gewisse
Überalterung bemerkbar gemacht.

Bei fast allen städt. Ämtern ist festzu-
stellen, daß ihre Angehörigen trotz starker
Anspannung ihrer Kräfte den gestellten Auf-
gaben nur mit Mühe nachkommen und daß
sich gewisse Rückstände nicht vermeiden
lassen, die für den Verwaltungsablauf und für
die Bevölkerung mißlich sind.

Stadtverwaltung und Gemeinderat haben
aber bisher eine weitere Verstärkung des städt.
Personals zurückgestellt, einmal deshalb, weil
unsere beschränkte Steuerkraft eine weitere
personelle Belastung des Haushalts nicht ver-
trägt, zumal der Personalaufwand durch die
notwendig gewordenen Lohn- und Gehalts-

erhöhungen ohnedies in starkem Anwachsen begriffen ist. Sodann läßt sich bei der geringen Stabilität der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und bei der Steigerung der Baukosten nicht absehen, ob nicht bald ein wesentlicher Rückgang der Bautätigkeit im allgemeinen oder doch wenigstens im kommunalen Sektor eintritt und damit die derzeitige Belastung der städt. Ämter teilweise von selbst in Wegfall kommt.

Sollte jedoch die weitere Entwicklung ergeben, daß auch in Zukunft mit einer ähnlich

starken Bautätigkeit gerechnet werden kann wie in den vergangenen Jahren, so müßte die Stadtverwaltung wohl auch auf dem personellen Gebiet dieser Entwicklung Rechnung tragen. Zunächst werden wir versuchen, freierwerdende Stellen wenn irgend möglich aus den eigenen Reihen der Stadtverwaltung wieder zu besetzen. Man wird jedoch der Heranziehung von leistungsfähigem Nachwuchs besondere Beachtung schenken müssen, damit auf die Dauer die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung erhalten bleibt.

I. Finanzwesen

I. Stadtpflege

Ich komme in meinem Bericht zu der besonders wichtigen Frage, wie sich nun diese Arbeit der Stadtverwaltung in finanzieller Hinsicht ausgewirkt hat.

1. Wie in den vorausgegangenen Jahren haben wir entscheidenden Wert darauf gelegt, den Haushaltplan für das laufende Rechnungsjahr 1951/52 schon vor Beginn des Rechnungsjahres festzustellen. Auch in diesem Jahr wollen wir mit den Beratungen des Haushaltsplans 1952 schon in den nächsten Wochen beginnen.

Dieses Vorgehen hat zwar den Nachteil, daß meist die landesrechtliche Regelung des Finanzausgleichs noch nicht bekannt ist. Dies hat uns im Vorjahr eine gewisse Überraschung, besonders auf dem Gebiet der Schul-lastenbeiträge und der Kreisumlage gebracht. Es hat aber den unbestreitbaren Vorteil, daß die Finanzgebarung der Stadt vom ersten Tag des neuen Rechnungsjahres an fest in der Hand der Verwaltung liegt und daß die Bauämter die gute Jahreszeit voll ausnützen können.

2. Der ordentliche Haushaltplan des Rechnungsjahrs 1951 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 8 003 050 DM ab, der außerordentliche Haushaltplan mit 1 210 800 DM.

In der letzten Sitzung des alten Gemeinderats vom 17. Dezember 1951 ist zum ordentlichen und zum außerordentlichen Haushaltplan 1951 eine Nachtragssatzung beschlossen worden, durch die der ordentliche Haushaltplan um 1 238 200 auf 9 241 250 DM und der außerordentliche Haushaltplan um 531 560 auf 1 742 360 DM erweitert worden ist.

Wir sind uns darüber im klaren, daß durch die Ereignisse des Jahres 1951, besonders durch die Unwetterkatastrophe vom 7. September 1951 und durch den hohen unerwarteten Erschließungsaufwand für die Besatzungsbauten, die städt. Haushaltwirtschaft übermäßig angespannt worden ist. Trotz Sperre von 10 Prozent aller nicht auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhenden

den Verbindlichkeiten laut Beschluß des Gemeinderats vom 15. Oktober 1951 rechnen wir mit einem Abmangel beim Rechnungsabschluß 1951 und mit der Inanspruchnahme von 200 000 DM aus unserer Ausgleichsrücklage.

3. Der Haushalt 1952 wird sich von vornherein in einem erheblich engeren Rahmen halten müssen, da gewisse einmalige Einnahmen aus Steuernachzahlungen der Jahre 1948/49, die uns in diesem Haushaltjahr zufließen, im kommenden Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Als Vorausbelastung treten voraussichtlich für 1952 ein:

a) die Heranziehung großer Teile des städt. Vermögens zum Lastenausgleich;

b) die Belastung der Stadt zugunsten der nach Art. 131 des Grundgesetzes Begünstigten, obgleich dies als Kriegsfolgelast an sich eine Bundesaufgabe ist;

c) die zu erwartende Kürzung der Schlüsselzuweisungen des Landes als Folge der erhöhten Aufwendungen des Bundes für Kriegsfolgelasten und Verteidigungsbeitrag;

d) weitere Arbeiten für die Beseitigung der Unwetterschäden vom 7. September 1951 sowie die damit zusammenhängende Eindolung des Gutleuthausbaches und des Kirchgrabens in Lustnau.

Bei dieser Gelegenheit kann ich mit Befriedigung feststellen, daß die Finanzgebarung der Stadt bis heute eine durchaus geordnete ist.

II. Rechnungsprüfungsamt

Neben der Arbeit der Stadtpflege selbst ist dies vor allem der weitgehenden Einschaltung und der unermüdlichen Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes zu verdanken. Die früheren Rechnungsabschlüsse seit der Währungsreform sind geprüft. Auch die Prüfung der zurückliegenden Rechnungen, die infolge der Kriegs- und Nachkriegereignisse nicht mehr

geprüft worden waren, ist in der gebotenen vereinfachten Form durchgeführt worden. Einschließlich der Überprüfung durch das Innenministerium und die Rechnungskammer sind wir nun mit den Rechnungsabschlüssen und den Rechnungsprüfungen, soweit irgend möglich, auf dem laufenden.

III. Stadtkasse

Die herrschende Geldknappheit machte sich auch im vergangenen Jahre auf den Geldeinzug bei der Stadtkasse wieder sehr bemerkbar. Wegen eines erheblichen Teils der städt. Forderungen mußte das Beitreibungsverfahren eingeleitet werden. Trotzdem waren die Ausstände beim Rechnungsabschluß nicht höher als in den Vorjahren.

Im einzelnen waren folgende Maßnahmen erforderlich:

1951	1950	
2 785	3 411	Zahlungserinnerungen
11 219	12 386	Mahnungen nach der Reichs-abgabenordnung
2 410	3 270	Anordnungen der Zwangsvollstreckung
21	10	Pfändungen in das bewegliche Vermögen
46	103	Anträge an das Amtsgericht auf Erlassung eines Zahlungsbefehls
123	55	Lohnpfändungen
8	25	Forderungspfändungen
371	400	Amtshilfeersuchen an andere Behörden (hauptsächlich wegen Einwohnersteuer).

Auf 1. August 1951 wurde ein zweiter Vollziehungsbeamter eingestellt.

Für fremde Behörden hat die Stadtkasse 266 Amtshilfeersuchen (Ersuchen um zwangsweise Beitreibung öffentlich-rechtlicher Forderungen) erledigt.

Der Rechnungsabschluß 1950 konnte bereits auf 1. Oktober 1951 gefertigt und dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

An Statistiken wurden gefertigt: vier Vierteljahres-Statistiken der Gemeindefinanzen und die Gemeindefinanzstatistik 1950, sowie mehrere Erhebungen für den Deutschen Städtetag.

IV. Schulpflege

1. Schulhausneubau

Auf den Neubau der Mörikeschule in Derendingen habe ich bereits an anderer Stelle hingewiesen.

2. Schulkosten

Von den Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts 1951 mit 9 241 250 DM entfallen all-

ein auf das Schulwesen 1 334 000 DM. Wenn diesem Posten auf der Einnahmenseite rund 298 000 DM für Schulgelder, Zuweisungen vom Land und Kreisverbänden, sowie Mietzinsen u. a. gegenüberstehen, so verbleibt doch ein reiner Zuschußbedarf von 1 036 000 DM. Dieser Betrag gliedert sich wie folgt:

Volks- und Hilfs-schulen	397 700 DM (i. V. 311 000 DM)
Höhere Schulen	399 000 DM (i. V. 330 800 DM)
Kaufm. u. Gewerbl. Berufsschulen	149 700 DM (i. V. 124 850 DM)
Haushaltungs- und Frauenarbeits-schule	49 600 DM (i. V. 52 650 DM)
Waldorfschule	40 000 DM (i. V. 40 000 DM)

Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 177 000 DM; sie ist einmal durch das weitere Anwachsen der Schülerzahlen und hauptsächlich durch die Erhöhung der Beiträge, die die Stadt an das Land zu den persönlichen Kosten für die Lehrkräfte zu leisten hat (Schullastenbeiträge), bedingt.

3. Schülerzahlen

Im Schuljahr 1951/52 werden unsere Schulen wie folgt besucht:

	1951/52	Im Gegenüber	
		Vorjahr 1950/51	1939 mehr
Volks- und Hilfsschulen	3530	3688	42 %
Höhere Schulen	1684	1581	61 %
Kaufmännische und Gewerbl. Berufsschule	423	375	56 %
Haushaltungs- u. Frauen-arbeitsschule	187	176	68 %
Hauswirtschaftliche Berufsschule	297	283	40 %
	7630	7607	

4. Auswärtige Schüler

Die Zahl der auswärtigen Schüler betrug im Schuljahr 1951/52:

	aus dem Kreis Tübingen	aus anderen Kreisen
an den Höheren Schulen	338 (i. V. 338)	31 (i. V. 26)
an der Kaufm. Berufsschule	10 (i. V. 10)	5 (i. V. 5)
an der Haushaltungs- u. Frauenarbeitsschule	65 (i. V. 65)	8 (i. V. 6)

Für diese Schüler erhält die Stadt zum teilweisen Ausgleich ihrer finanziellen Belastung Beiträge von den Kreisverbänden, zu deren Bezirk die Schülerwohngemeinden gehören, ferner Zuschüsse des Landes aus dem Ausgleichs- und Hilfsstock.

Im Rechnungsjahr 1950 betrugen die Beiträge von den Kreisverbänden 75 Prozent der

Kopfbeträge mit die Zuschüsse des Landes aus dem Ausgleichs- und Hilfsstock 25 Proz. der Kopfbeträge mit	54 500 DM 18 200 DM
ferner erhielt die Stadt aus Sonder- mitteln des Landes	12 600 DM
	zusammen 85 300 DM

Das sind 10 200 DM weniger als im Rechnungsjahr 1949.

5. Schulgeldnachlässe

Von den Rektoratoren wurden im Schuljahr 1950/51 insgesamt 533 Anträge auf Schulgeldnachlaß übergeben.

Die bewilligten Nachlässe betragen:	
	bei den Höheren Schulen
für einheimische Schüler	12 400 DM
für Kinder von Ausgewiesenen	4 245 DM
bei der Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	963 DM

6. Schulräume

Seit der Belegung der Mörikeschule ist Tübingen mit der Beseitigung der Schulraumnot einen Schritt vorwärts gekommen. Durch die Beschlagnahme der Wildermuthschule und die Inanspruchnahme der Frauenarbeitsschule durch das Finanzministerium besteht aber in Tübingen immer noch eine schwere Schulraumnot. 26 Klassenzimmer und 29 Verwaltungsräume fehlen auch jetzt noch. An den unteren Klassen der Volksschulen und vor allem an allen Klassen der Höheren Schulen mußte deshalb bedauerlicherweise der Schichtunterricht beibehalten werden.

7. Ortsschulräte

Neben den Ortsschulräten an den Volksschulen ist durch eine Verordnung des Kultministeriums vom 1. 3. 1951 auch wieder die Bildung von Ortsschulräten an den Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschulen angeordnet worden. Diese Verordnung konnte hier noch nicht durchgeführt werden, weil erst die frühere Satzung für den Handels- und Gewerbeschulverband aus dem Jahre 1922 den neuen gesetzlichen Bestimmungen angepaßt werden mußte. Die Beschlußfassung durch den Gemeinderat Tübingen ist am 30. 7. 1951 erfolgt. Von den übrigen 25 Verbandsgemeinden, die zum größten Teil seit 1922 dem Verband beigetreten sind, hat eine Gemeinde noch nicht zugestimmt. Die 5 Ortsschulräte der hiesigen Volksschulen haben im Berichtsjahr 8 Sitzungen abgehalten.

8. Weitere Schulen?

Probleme, die in letzter Zeit an die Stadtverwaltung herangetragen wurden, sind die Errichtung einer Mittelschule und einer höheren Handelsschule. Die Wirtschaftsoberschule in Reutlingen soll keine weiteren Schüler aus dem Kreis Tübingen aufnehmen können. Die ganzen Fragen bedürfen baldiger Klärung.

V. Steuerstelle

1. Allgemeines

Anerkennend muß hervorgehoben werden, daß der überwiegende Teil der Steuerpflichtigen den steuerlichen Maßnahmen das notwendige Verständnis entgegengebracht hat und den vielseitigen steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen ist. Den Steuerpflichtigen gebührt hierfür ganz besonderer Dank.

2. Gewerbesteuer

a) Im Berichtsjahr ist erstmalig die Erhebung der Gewerbesteuerabschlußzahlungen für die Jahre 1948/49 in der neuen Rechtsform angelaufen. Die Veranlagung ist inzwischen in den meisten Fällen abgeschlossen worden. Es haben sich dabei erhebliche Nachzahlungen ergeben. Die Folge dieser Nachzahlungen war ein starkes Ansteigen der Zahl der Stundungsgesuche. Da die Vorauszahlungen auf der Grundlage des zuletzt veranlagten Kalenderjahres (also 1949) festzusetzen sind, mußten im Berichtsjahr außerordentlich viele Anpassungs- und Berichtigungsbescheide erlassen werden.

b) Im Berichtszeitraum waren die Arbeiten am Gewerbesteuerausgleich für das Kalenderjahr 1951 abzuschließen und die Vorarbeiten zum Ausgleich 1952 einzuleiten.

Am 10. Oktober 1951 waren insgesamt 525 Arbeitnehmer aus Tübingen in auswärtigen Gemeinden beschäftigt, während umgekehrt in Tübingen etwa 3538 Arbeiter aus auswärtigen Gemeinden in Arbeit gestanden haben.

Insgesamt ist mit etwa 70 Gemeinden ein Ausgleich zustande gekommen. Durch die gesetzliche Erhöhung der Ausgleichszuschüsse muß die Stadt Tübingen nunmehr etwa 160 000 DM an auswärtige Gemeinden bezahlen.

c) Im Jahre 1951 sind etwa 250 Gewerbean- und -abmeldungen angefallen. Bemerkenswert ist der außerordentlich große Zugang an Handelsvertretern.

3. Grundsteuer

Die Verwaltung der Grundsteuer ist auch im Jahre 1951 im üblichen und bekannten Rahmen geblieben. Im Rechnungsjahr 1951 ist mit einem geringen Rückgang des Aufkommens zu rechnen. Dieser ist bedingt durch die Wiedereinführung der Steuervergünstigung für Neuhausbesitz.

An außerordentlichen Arbeiten war im Berichtsjahr die Nachholung der Steuerbuchfortschreibung vorzunehmen. Bisher wurden 305 Änderungen behandelt.

An Einheitswertfortschreibungen sind im Jahre 1951 380 Fälle angefallen.

Das Fehlen der Durchführungsbestimmungen zum Grundsteueränderungsgesetz 1951 wirkt sich hemmend auf die Veranlagung für das Rechnungsjahr 1951 aus. Mit dem Abschluß dieser Arbeit ist Ende Januar 1952 zu rechnen.

4. Einwohnersteuer

Die Veranlagung zur Einwohnersteuer für das Rechnungsjahr 1951 ist durch die Neufassung der Einwohnersteuerordnung verzögert worden. Trotzdem kann die Veranlagung heute als abgeschlossen angesehen werden, nachdem auch die Einspruchsfälle weitgehend erledigt sind. Im Berichtsjahr sind etwa 17 000 Einwohnersteuerbescheide ergangen (i. V. 16 000). Neben 2806 Beschwerdefällen, die zu einer Solländerung geführt haben, war etwa eine gleich große Zahl erfolgloser Vorstellungen zu behandeln.

Durch die Änderung der Einwohnersteuerordnung ist das Aufkommen um etwa 20 000

DM auf etwa 150 000 DM zurückgegangen. Trotzdem nimmt diese Steuer nach wie vor den dritten Rang innerhalb des Gesamtsteueraufkommens unserer Stadt ein.

5. Anfertigung und Ausgabe der Lohnsteuerkarten

Für die wirtschaftliche Situation unserer Stadt ist beachtlich, daß für 1952 etwa 19 000 Lohnsteuerkarten anzufertigen und auszugeben waren gegenüber 17 790 im Vorjahr.

6. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen an städt. Steuern jährlich 96.16 DM, also monatlich rund 8.- DM.

K. Zukunftsaufgaben

I. Allgemeines

1. Ich möchte schließen mit einer kurzen Darstellung der Aufgaben, die vor uns stehen. Wir werden uns in den kommenden Monaten bemühen müssen, ein Programm unserer Arbeit nicht nur für das Jahr 1952, sondern für einen weiteren Zeitraum, etwa für die kommende Wahlperiode des Gemeinderats, aufzustellen. Ein solches Programm kann nicht allein von der Verwaltung ausgearbeitet werden. Vielmehr bedarf es auch der vielseitigen Anregungen und der Mitarbeit des Gemeinderats.

Wir sind uns dabei freilich darüber im klaren, daß wir die Aufgaben, die wir uns für die nächsten Jahre stellen wollen, keineswegs zu suchen brauchen. Vielmehr werden wir übergenug zu tun haben, wenn wir in den nächsten Jahren die Aufgaben lösen wollen, die schon lange vor unseren Augen stehen und die uns auf den Nägeln brennen. Die Frage wird vor allem dahin gehen, in welcher Art und in welcher Gestaltung wir die vorliegenden Aufgaben lösen, in welcher Reihenfolge wir sie angreifen und wie wir jeweils diejenige Beschränkung in der Gestaltung und im Zeitmaß finden, die durch unsere finanzielle Lage erforderlich wird.

Wenn wir an eine solche langfristige Planung herantreten, dann sind wir uns von vornherein darüber im klaren, daß wir dabei eine Fülle von „Unbekanntem“ in Kauf nehmen müssen, die sich im Gegensatz zu den „Unbekannten“ der mathematischen Formeln nicht berechnen und vielfach nicht einmal abschätzen lassen.

2. Die größte Unbekannte ist die Gesamtentwicklung der weltpolitischen Lage und der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer weiteren und engeren Heimat.

Wir werden unsere Planung auf eine nor-

male Weiterentwicklung aufbauen. Wir werden dabei zwar Vorsicht walten lassen müssen. Wir dürfen uns durch die allgemeine Unsicherheit der Lage nach meiner Auffassung jedoch nicht zur Resignation verleiten lassen.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben nach meiner Auffassung gezeigt, daß notwendige wirtschaftliche Entwicklungen durch die großen politischen Ereignisse zwar verzögert werden, daß sie sich aber trotz aller Störungen mit erstaunlicher Konsequenz doch durchsetzen.

3. Die zweite Unbekannte ist die künftige Stellung der Stadt Tübingen.

a) Es ist heute noch in keiner Weise abzusehen, wie sich die staatsrechtliche Neugestaltung im einzelnen auf die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unserer Stadt auswirken wird. Wir sind uns darüber im klaren, daß es ein geschichtlicher Zufall war, wenn Tübingen nun sieben Jahre lang Hauptstadt eines kleinen deutschen Landes gewesen ist und dadurch auf verschiedenen Gebieten eine Entwicklung genommen hat, die ohne diese Stellung als Landeshauptstadt zweifellos nicht eingetreten wäre. Wenn nun wieder der Normalzustand eintritt, daß Tübingen keine Landeshauptstadt ist, so wäre es ungerecht, über die eingetretene Veränderung allzusehr zu klagen. Wir müssen jedoch erwarten, daß die maßgeblichen staatlichen Stellen, vor allem die Regierung des neu gebildeten Südweststaats, den Schwierigkeiten Rechnung tragen, die in Tübingen durch die staatsrechtliche Änderung eintreten. Ich muß daher auch in dieser Stunde der Hoffnung und Erwartung der Universitätsstadt Tübingen Ausdruck geben, daß bei der Organisation des Südweststaates auch die Stadt Tübingen Behörden erhält, deren dauernde Ansiedlung in Tübingen das soziale und kultu-

relle Leben bereichert. Es ist in diesem Zusammenhang mit Recht davon gesprochen worden, daß die obersten Gerichte des Südweststaates zweckmäßigerweise in Tübingen untergebracht würden, weil ihnen hier die großen Bibliotheken zur Verfügung stehen, die derartige hohe Gerichte benötigen. Inwieweit in diesem Zusammenhang das Projekt der Unterbringung des Landtags des künftigen Südweststaates im benachbarten Bebenhausen realisierbar ist, muß abgewartet werden, hängt aber nicht zum wenigsten von der Frage der Schaffung eines modernen Hotelneubaus ab.

b) Die Stadt Tübingen hatte den Wunsch, daß als Nachfolger der Ministerien des Landes Württemberg-Hohenzollern in Tübingen ein Regierungspräsidium für den Bereich des bisherigen Landes eingerichtet wird. Es wird davon gesprochen, daß zwar voraussichtlich ein solches Regierungspräsidium gebildet wird, daß es aber seinen Sitz in einer Stadt des Oberlandes in möglichst zentraler Lage erhalten soll. Wir haben Verständnis für die Gesichtspunkte, von denen der neue Staat sich in dieser Frage leiten lassen wird. Wir wollen deshalb unsere Forderung in dieser Hinsicht nicht allzu nachdrücklich zur Geltung bringen. Um so mehr glauben wir, erwarten zu dürfen, daß man uns bei der Zuweisung anderer Behörden, bei denen derartige Schwierigkeiten nicht bestehen, Entgegenkommen zeigt und Unterstützung zuteil werden läßt.

4. Um eines dürfen wir bei dieser Gelegenheit die Staatsregierung bitten, nämlich darum, daß vor allem all die Dispositionen über Diensträume, die mit den organisatorischen Veränderungen im staatlichen Bereich zusammenhängen, frühzeitig mit der Stadtverwaltung Tübingen besprochen werden, damit wir auch unsere Erfordernisse zur Geltung bringen können. Sie wissen, wie sehr die Stadtverwaltung selbst als Behörde unter Raumangel leidet, wie wir im Rathaus insbesondere bei den technischen Ämtern, keinen weiteren Ingenieur und keinen Zeichner mehr setzen können. Nicht zu vergessen ist die Unterbringung des Gemeinderats selbst in diesem Sitzungssaal, der weder den Mitgliedern des Gemeinderats, noch der Presse, noch vor allem den Zuhörern aus dem Kreise der Bürgerschaft den erforderlichen Raum gibt.

Dazu kommt der Raumbedarf aller unserer Schulen, der Volksschulen wie der höheren Schulen, der Gewerbeschule wie der Handelsschule. Wir müssen größten Wert darauf legen, daß all diese dringenden Raumbedürfnisse bei der Neuorganisation der staatlichen Verwaltungen mit in Rechnung gestellt werden. Vor allem bitten wir, daß unsere vom Staat in Anspruch genommene Frauenarbeitschule freigemacht und im Zuge der Neuorganisation wenn möglich die ehemalige Sanitätsschule uns für Schulzwecke zur Verfügung gestellt wird.

5. Völlig unübersehbar ist noch die Frage, welche Konsequenzen von französischer

Seite aus der staatlichen Neugliederung gezogen werden. Dazu kommt das Problem, wie sich die Verhandlungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und den Westmächten über die Änderung des Besatzungsstatuts und über einen deutschen Verteidigungsbeitrag auf den Stand und den Umfang der französischen Verwaltungsstellen und auf den Umfang der französischen Garnison auswirken werden. Hoffen wir in diesem Zusammenhang, daß sich die Beziehungen zu den französischen Dienststellen und ihren Familien im kommenden Jahr weiterhin normalisieren werden.

Wir haben die Hoffnung, daß — vor allem mit Hilfe der Erstellung von Besatzungswohnungen aus Bundesmitteln — die große Zahl der noch beschlagnahmten Wohnungen im Laufe des Jahres 1952 im wesentlichen freigegeben wird. Besonderen Wert würden wir ferner darauf legen, wenn unsere größte Schule, die Wildermuthschule, von der Beschlagnahme freigegeben würde, etwa dadurch, daß für die Kinder der Besatzungsangehörigen auf Besatzungskosten eine neue Schule gebaut würde.

6. Es ist selbstverständlich, aber es erscheint notwendig, auch diese Selbstverständlichkeit nachdrücklich zu betonen, daß Tübingen auch in Zukunft in erster Linie Universitätsstadt sein wird und sein will. Wir glauben, in den vergangenen sieben Jahren trotz aller räumlichen und finanziellen Peengung die Interessen der Universität und der Max-Planck-Institute so weit gefördert zu haben, als dies überhaupt möglich war. Vor allem waren wir darum bemüht, der Universität die Heranziehung hervorragender Fachleute durch die Bereitstellung des erforderlichen Wohnraums zu ermöglichen. Durch die Mitarbeit des bisherigen Rektors, nunmehrigen Prorektors, Herrn Prof. Dr. Erbe, des Herrn Prof. Dr. Stock und des Herrn Universitäts-Sportlehrers Klett im Gemeinderat ist die Verbundenheit zwischen Universität und Stadtverwaltung vertieft worden.

Als eine große Aufgabe im Bereich der Universität, an der die Stadtverwaltung mitzuwirken haben wird, steht der Neubau der medizinischen Klinik auf dem Schnarrenberg vor uns. Vor allem auf dem Gebiet der Erschließung dieser Klinik werden der Stadtverwaltung große Aufgaben erwachsen. Die Planung eines im Zusammenhang mit der Universität stehenden Forschungsinstituts ist unter Mitwirkung des Stadtplanungs- und Hochbauamtes abgeschlossen. Verhandlungen über die Bereitstellung von städt. Bauplätzen für das Personal dieses Instituts sind im Gange.

7. Die schwierigen und umfassenden Aufgaben, die der Stadtverwaltung auch für die kommenden Jahre auf dem Gebiet der Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel obliegen, habe ich in anderem Zusammenhang bereits erwähnt. Wir werden

dabei ebenso die vorhandene Industrie und die Ausweitung ihrer Produktion zu fördern suchen, wie wir auf die Heranziehung neuer Betriebe nach Tübingen Bedacht nehmen werden.

II. Planungs- und Bauaufgaben der Stadtverwaltung

Das Schwergewicht der Arbeit der Stadtverwaltung wird auch in den kommenden Jahren bei den Planungs- und Bauaufgaben der technischen Ämter liegen.

1. Stadtplanung

a) Besonderen Nachdruck werden wir auf die Arbeiten der Stadtplanung legen müssen. Das erschlossene Wohn- und Industriegelände der Stadt ist nahezu erschöpft, und über die künftige Gestaltung neuer Wohn- und Industriegebiete liegen noch keine zureichenden Grundlagen vor. Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Wohnbautätigkeit, wie auch für jede Industrieförderung, ist daher die rasch mögliche Aufstellung eines Flächenaufteilungsplans, der Wohngebiete und Industriegebiete ausweist. Dazu gehört ein Verkehrsplan, ferner die Ausarbeitung und Verabschiedung einer ganzen Reihe von Ortsbauplänen. Außerdem wird auch ein Baulückenplan aufzustellen sein, um die Bauplätze zu erfassen, die an bereits erschlossenen Straßen liegen, aber bisher nicht der Bebauung zugeführt worden sind.

b) Unter den vordringlichen Aufgaben erwähne ich vor allem die Planung der südlichen Umgehungsstraße. Dabei handelt es sich um die endgültige Gestaltung der Kreuzung Stuttgarter—Reutlinger Straße, um die Weiterbehandlung der vom Gemeinderat beschlossenen Gestaltung der Kreuzung Stuttgarter—Hechinger Straße, um die Überquerung der Steinlach mit einer neuen Brücke, ferner um die Weiterführung der südlichen Umgehungsstraße, sei es durch eine Untertunnelung des Schloßbergs, sei es in Richtung Weilheimer Kneiple — Wurmlinger Senke — Ammertal. Hierüber werden wir uns auch eingehend mit dem Kreisverband und mit dem Innenministerium zu unterhalten haben.

2. Arbeiten des Tiefbauamtes

a) Diese erwähnten Planungsarbeiten sind eine wesentliche Grundlage für die in aller nächster Zeit notwendige Entscheidung über die künftige Führung der Alleenbrücke, denn die Erneuerung der am Kriegsende zerstörten Alleenbrücke wird voraussichtlich das wichtigste Bauvorhaben der Stadtverwaltung im Jahr 1952 sein.

b) Im übrigen werden dem Tiefbauamt sehr umfassende Aufgaben auf dem Gebiet der Geländeerschließung, vor allem für Zwecke des Wohnungsbaus, obliegen.

c) Den dieser Tage in Gang kommenden Ausbau der Auffahrtsstraße zum Bergfriedhof habe ich bereits in anderem Zusammenhang erwähnt.

Eine große Aufgabe für das Tiefbauamt wird in absehbarer Zeit die Verbreiterung der äußeren Wilhelmstraße und ihrer Einmündung in die Bebenhäuser Straße, ferner der Ausbau der Nürtinger Straße bei der Württ. Frotierweberei bilden, ebenso die Schaffung von Radfahrwegen und die Einrichtung von Parkplätzen.

Mehrfach wurde in letzter Zeit die Notwendigkeit erwähnt, auf den Zugängen zur Mörikeschule in Derendingen sichere Gehwege für die Schulkinder herzustellen.

3. Wohnungsbau

Die Arbeiten der techn. Ämter und der Liegenschaftsverwaltung werden auch im Jahr 1952 der Sache nach vorwiegend der Förderung des Wohnungsbaus zu dienen haben, denn wir sind uns ja darüber im klaren, daß der Wohnungsbau nach wie vor unsere wichtigste Aufgabe sein wird, da die Wohnungsnot im wesentlichen nur durch den Wohnungsneubau bekämpft werden kann.

a) Ich nehme an, daß im Jahr 1952 zunächst die Bebauung des Geländes auf dem Sand weiter betrieben wird.

b) In Verbindung mit der Auffahrtsstraße zum Bergfriedhof soll ferner das Gelände am Fuße des Galgenbergs für den Wohnungsbau erschlossen werden.

c) Dazu kommt die restliche Bebauung des Geländes zwischen Reutlinger und Stuttgarter Straße; ferner die Planung und Bebauung des Geländes zwischen der Hechinger Straße und der Steinlach. Wieweit auf diesem Gelände oder an anderer Stelle auch im Jahr 1952 Wohnbauten für die Besatzungsmacht erstellt werden, läßt sich heute noch nicht übersehen.

d) Die Gemeinnützige Wohnungs-G.m.b.H. hat neben einigen Bauten im Gebiet der Stuttgarter Straße auch die Erstellung von weiteren Wohngebäuden an der Herrenberger Straße vorgesehen.

e) Voraussichtlich wird auch das nördlich des Neckars in Lustnau belegene Gelände zwischen der Umgehungsstraßenbrücke und der Ammereinmündung im neuen Jahr für Wohnbauten in Angriff genommen werden.

Dieser Tage hat uns das Innenministerium im Rahmen des allgemeinen Wohnbauprogramms 1952 die Mittel für 55 Wohneinheiten zur Verfügung gestellt. Ich nehme an, daß weitere Beträge für besondere Gruppen von Wohnungssuchenden, vor allem für die Heimatvertriebenen, folgen werden.

4. Neckartorgestaltung

Die vorgenommene Verbreiterung der Eberhardsbrücke hat auch die Pomonaange-

legenheit vollends zum Reifen gebracht. Die Arbeiten für einen Neubau sind Ende des Jahres 1951 ausgeschrieben worden. Die Ausschreibung hat erfreulicherweise nun doch Zahlen ergeben, die sich innerhalb der vorgesehenen Finanzierungsmöglichkeiten halten. Bei aller in dieser Sache gebotenen Vorsicht scheint mir demnach dem Abbruch und Neuaufbau des Pomonagebäudes kein schwerwiegendes Hindernis mehr im Wege zu stehen. Ich hoffe deshalb, daß bis zum Ende des Jahres 1952 endlich auch diese Aufgabe gelöst sein könnte.

III. Stadtwerke

1. Die Stadtwerke werden im Jahr 1952 neben der planmäßigen Entwicklung ihrer Hauptleitungen und ihres Verteilungsnetzes vor allem ihren in Angriff genommenen Neubau an der Nonnengasse durchzuführen haben.

2. Die Stadtwerke werden ferner auch für die Ausgestaltung der Straßenbeleuchtung beträchtliche Mittel einzusetzen haben. Auch hier sind noch erhebliche Rückstände aufzuholen.

3. Auf den bevorstehenden Abschluß des Gaslieferungsvertrags mit Reutlingen habe ich bereits hingewiesen.

4. Die Entwicklung der Elektrizitätspreise im Jahr 1952 ist noch problematisch. Bekanntlich hat der Bundestag zum Jahresende das Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft verabschiedet, das auch den Ausbau von Elektrizitätswerken im Hinblick auf die künftige Verbrauchssteigerung regelt. Außerdem ist mit der Kündigung der Lieferungsverträge von seiten unseres Stromlieferanten, der EVS, zu rechnen. Aus all diesen Gründen werden Erhöhungen der Stromtarife unserer Stadtwerke unvermeidlich sein.

Inwieweit die seit dem Jahr 1924 unveränderten Wasserpreise einer Überprüfung bedürfen, bleibt künftiger Beratung und Beschlußfassung vorbehalten.

IV. Kulturelle Aufgaben

1. Die Aufgaben auf dem Gebiet des Schulwesens habe ich bereits angedeutet.

a) In erster Linie handelt es sich um die Wiedergewinnung der von Staat und Besat-

L. Der Gemeinderat und seine Arbeit

Wenn die Stadt Tübingen auch im vergangenen Jahr die von mir geschilderte gedeihliche Entwicklung genommen hat, so habe ich dafür in erster Linie den Mitgliedern des Gemeinderats zu danken, die als das alleinige beschlußfassende Gremium gegenüber der Bürgerschaft die Verantwortung tragen.

zungsmacht in Anspruch genommenen Schulgebäude und um die Schaffung neuer Schulräume.

Auch das Vorhaben der Innungen auf Errichtung eines Werkstattgebäudes für die gewerbliche Berufsschule wird nachdrücklich zu fördern sein.

b) Ferner wird im Jahr 1952 die Frage der Errichtung einer Mittelschule und einer höheren Handelsschule im Grundsätzlichen zu erörtern sein.

2. Im Bereich des Kulturreferats stehen nach wie vor die Schaffung eines Heimatmuseums, die Auswertung des Archivs sowie die Unterbringung und der Ausbau der Stadtbücherei im Vordergrund. Wir werden auch bestrebt sein, in diesem Jahr das Hölderlinhaus in größerem Umfang, als dies bisher der Fall ist, für die Hölderlin-Ehrung und Hölderlinforschung zur Verfügung zu stellen, zumal im Sommer dieses Jahres die Hölderlin-Gesellschaft ihre Jahrestagung in Tübingen abhält.

3. Die besondere Sorge der Stadtverwaltung wird auch im Jahr 1952 der Förderung des Fremdenverkehrs, des Turn- und Sportwesens und der kulturellen Veranstaltungen gewidmet sein.

V. Soziale Aufgaben

1. Im Bereich des Sozialamts hoffen wir, im Jahr 1952 das zweite Altersheim beim Pauline-Krone-Heim, dessen Träger das „Tübinger Hilfswerk“ ist, beenden zu können.

2. Ferner wird zu entscheiden sein, ob wir im Jahr 1952 daneben bereits auch die Mittel für den vorgesehenen Neubau eines Kindergartens als Ersatz für den weggefallenen Frondsberg-Kindergarten aufbringen können oder ob dieses Projekt nochmals zurückzustellen ist.

3. Vor allem aber wird es uns auch im kommenden Jahr ein Herzensanliegen sein, den in Not befindlichen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt nach Möglichkeit zu helfen. Die Menschen, die noch in der Berufsarbeit stehen und ihren laufenden Verdienst haben, können vielfach gar nicht ermessen, wie groß und drückend die Not derer ist, die nicht mehr arbeiten können. Gerade diese verdienen deshalb unsere ganze Fürsorge und Anteilnahme.

In je 20 öffentlichen und nichtöffentlichen Plenarsitzungen (i. V. 17 bzw. 14) hat der Gemeinderat über 630 (i. V. 506) Fragen von allgemeiner Bedeutung beraten. Die Innere und Techn. Abteilung hat in 23 Sitzungen über 830 Gegenstände Beschluß gefaßt.

Wie im Vorjahr, so kann ich auch dieses

Jahr wiederum mit großer Befriedigung feststellen, daß wir alle grundsätzlichen Fragen der städt. Selbstverwaltung mit Sachlichkeit beraten und Beschlüsse fast ohne Ausnahme mit überzeugender Stimmenmehrheit, nicht selten einstimmig, gefaßt haben. Ernsthafte Unterschiede in der persönlichen Auffassung oder Überzeugung des Einzelnen müßten wie bisher so auch künftig durch Logik und Gerechtigkeit zu bereinigen sein. Das möchte ich auch den neuen Gemeinderäten ans Herz legen, wenn sie mit uns künftig die Geschicke unserer geliebten Stadt beraten. Möge wie bisher nicht Parteipolitik, sondern die Politik der Hilfsbereitschaft und Sachlichkeit für die Entscheidungen auf dem Rathaus bestimmend sein.

Im Laufe des Jahres 1951 sind in der Zusammensetzung unseres Gemeinderats mehrere Veränderungen eingetreten. Am 16. 4. 51 ist Herr Stadtrat Meyer, der frühere Leiter unseres Ernährungs- und Wirtschaftsamtes ausgeschieden; an seiner Stelle ist Herr Stadtrat Riehle wieder in den Gemeinderat eingetreten.

Herr Stadtrat Krauß hat nach seinem schweren Kraftfahrzeugunfall das Amt eines II. Beigeordneten niedergelegt; an seiner Stelle ist Herr Stadtrat Frauendiener zum II. Beigeordneten gewählt worden.

Mit Ablauf des Jahres 1951 hat die Wahlperiode für die Hälfte der im November 1948 gewählten Gemeinderatsmitglieder geendet. Am 18. November 1951 sind neue Gemeinderäte auf 6 Jahre gewählt worden.

Auf Grund des Wahlergebnisses scheiden nunmehr folgende Mitglieder aus dem Gemeinderat aus:

die Herren Stadträte Böbel
Forstbauer
Hirn
Konz
Riehle
Schittenhelm
Wirthle
sowie Frl. Stadtrat Dr. Bohnet.

Wiedergewählt wurden die Herren
Stadträte Frauendiener
Kehrer
Lang
Schimpf, sowie
Frl. Stadtrat Schlatter.

Neu treten in den Gemeinderat auf Grund der Wahl vom 18. November 1951 ein die Herren Stadträte

Brack
Dannenmann
Endriss
Frank
Hartmeyer
Hönle
Kohler
Maier.

Der Gemeinderat setzt sich künftig zusammen aus:

10 Vertretern der FDP
5 Vertretern der CDU
5 Vertretern der Freien Wählervereinigung
4 Vertretern der SPD
1 Vertreter der KPD
1 Vertreter der „Jungen Stadt“

zus. 26

Schluß

Neben dem Dank an die Mitglieder des Gemeinderats sage ich auch allen Mitarbeitern in Stadtverwaltung und Stadtwerken, den zahlreichen Beamten, Angestellten und Arbeitern, an ihrer Spitze Herrn Stadtdirektor Asmuß, und den Personalvertretungen herzlichen Dank und Anerkennung. Schon bei anderer Gelegenheit habe ich dessen gedacht, daß die Verwaltungsangehörigen jetzt einmal die durch Kriegs- und Nachkriegszeiten bedingte Notverwaltung fortsetzen, zum andern den Nachholbedarf von 10 Kriegsjahren aufholen und endlich die Aus- und Aufbaumaßnahmen unserer Stadt bewältigen müssen.

Wenn es mir nicht möglich war, die Arbeit jedes Einzelnen in aller Ausführlichkeit zu erwähnen, obgleich er für diesen Rechenschaftsbericht die notwendigen Unterlagen eingereicht hat, so bitte ich, dies zu entschuldigen. Dieser Rechenschaftsbericht konnte aber doch nur Ausschnitte aus unserer gesamten kommunalen Arbeit aufzeigen.

Herzlichen Dank sage ich auch all den eh-

renamtlichen Kräften in den verschiedenen Abteilungen und Ausschüssen des Gemeinderats, in caritativen Verbänden, in staatsbürgerlichen oder geselligen Vereinigungen, wie Museum, Bürger- und Verkehrsverein, den staatlichen Behörden, dem Kreistag und Kreisrat, dem Gemeindetag, den Kirchen, der Gewerkschaft, den Kreditinstituten, der Presse und dem Rundfunk, vor allem aber auch der Staatsregierung und unserem Landtag. In welchem Maße gerade Landtag und Staatsregierung sich unserer Stadt angenommen und sie in ihrem Aufbauwillen unterstützt haben, ist bereits an anderer Stelle bei dem Empfang für die Staatsregierung am 18. 12. 51 gebührend gewürdigt worden.

Im möchte schließen mit dem Wunsche, daß Gottes Segen weiterhin gnädig über unserer gemeinsamen Arbeit ruhen möge wie in den vergangenen Jahren!

Tübingen, im Januar 1952

Dr. Mülberger, Oberbürgermeister